

Carl von Ossietzky
Universität Oldenburg

Zwei-Fächer-Bachelorstudiengang Geschichte / Politik-Wirtschaft

Bachelorarbeit

Der britische Freihandel im 19. Jahrhundert: Die Motive für den Freihandel zwischen 1815 und 1853

Vorgelegt von:

Henning Kulbarsch

Ringelblumenstraße 28

26639 Wiesmoor

E-Mail: henning.kulbarsch@uni-oldenburg.de

Tel.: 0162-3368770

Betreuende Gutachterin: Prof. Dr. Gunilla Budde

Zweiter Gutachter: Jun.-Prof. Dr. Malte Thießen

Oldenburg, den 30.09.2014

Inhaltsverzeichnis	Seite
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	
Einleitung	1
1. Die theoretisch-wissenschaftlichen Grundlagen des Freihandels	
<i>1.1 Adam Smith und „Der Wohlstand der Nationen“</i>	5
<i>1.2 David Ricardo und die „Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung“</i>	7
2. Die Auseinandersetzungen um den Freihandel am Beispiel der Abschaffung der Corn Laws	
<i>2.1 Die frühe Freihandelsdiskussion: Hintergrund und Gegenstand der Corn Laws</i>	10
<i>2.2 Motive der Befürworter und Gegner einer Abschaffung der Kornzölle</i>	15
3. Profiteure und Verlierer der Abschaffung der Kornzölle	38
Fazit	44
Quellenverzeichnis	I
Literaturverzeichnis	IV
Erklärung	

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Seite

Tabellen:

Tabelle 1: Komparative Kostenvorteile	9
Tabelle 2: Produktion bei 1000 Arbeitsstunden	9
Tabelle 3: Opportunitätskosten	9
Tabelle 4: Weizenpreis 1815-1846 (in Schilling)	18
Tabelle 5: Weizen-Import 1815-1859 (in Quarter)	40
Tabelle 6: Weizenpreis 1815-1859 (in Schilling)	40

Abbildungen:

Abb. 1: Ausgaben in Prozent	24
-----------------------------	----

Einleitung

„Free Trade! What is it? Why, breaking down the barriers that separate nations; Those barriers behind which nestle the feelings of pride, revenge, hatred and jealousy, which every now and then burst their bounds, and deluge whole countries with blood [...]“¹

Als der britische Industrielle und liberale Politiker Richard Cobden (1804-1865) im Jahre 1843 auf einer Veranstaltung der von ihm mitbegründeten Anti-Corn Law League (ACLL) in London diese Worte sprach, befand sich Großbritannien inmitten einer heftigen, teils erbittert und emotional geführten Debatte über die ökonomische Ausrichtung des Landes nach innen und außen. Grund dafür waren die andauernden politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die von der ACLL und anderen Gruppen geforderte Abschaffung der im Jahre 1815 eingeführten *Corn Laws*, einer Gesetzesammlung, die (mit Modifikationen in den Jahren 1822, 1828 und 1842) den Import ausländischen Getreides nach Großbritannien verbot oder mit hohen Zöllen belegte. Die *Corn Laws* standen damit der zu der damaligen Zeit aufkommenden (und von der sich als Wissenschaft zeitgleich konstituierenden Politischen Ökonomie massiv unterstützten) Idee des Freihandels gegenüber, die eine Abschaffung von Zöllen und anderen Handelsbarrieren forderte, um zwischen den Staaten freien Handel zu ermöglichen. Für weite Teile der ACLL waren die Abschaffung der Kornzölle und die Einführung des Freihandels – dies verdeutlicht das Zitat von Richard Cobden – dabei nicht nur eine Frage der ökonomischen Vernunft. Vielmehr spielten auch soziale, pazifistische und innenpolitische Argumente eine große Rolle in der politischen Auseinandersetzung.

Inwiefern die ACLL und ihre Motive für den Freihandel jedoch entscheidend waren für die finale Abschaffung der Kornzölle im Jahre 1846, ist unter Historikern sowie historisch arbeitenden Ökonomen höchst umstritten. Die Rolle und die Motive anderer Akteure, wie die des Landadels oder der Chartistenbewegung, sind dabei ebenso Gegenstand der wissenschaftlichen Forschungsdebatte wie die Frage, welche Gruppen innerhalb der Freihandelsbewegung die dominierende Rolle spielten.

So ist für John Galbraith etwa Großbritanniens aggressive Reaktion auf chinesische Importbeschränkungen im Rahmen des Opiumkrieges (1839-1842) „a demonstration that Britain in the free-trade area was prepared to use force, though as a last resort, to

¹ Cobden, Richard: Speech at the ACLL-Meeting at London, 28.09.1843, in: Contemporary sources and Opinions in modern British history, Bd. 1, hg. v. Lloyd Evans und Philipp Pledger, London / New York 1967, S. 49.

support trade“² Eine ähnliche These stellen John Gallagher und Ronald Robinson in ihrem Aufsatz “The Imperialism of Free Trade“ auf. Der Freihandel, so die beiden Wissenschaftler, sei ohne formelles und informelles Empire gar nicht ausgekommen, da die britischen Waren überwiegend in die eigenen Kolonien oder abhängige Staaten exportiert worden seien.³

Eine zweite Gruppe von Forschern um den Historiker Oliver MacDonagh vertritt eine entgegengesetzte These. Zwar lägen Gallagher und Robinson richtig mit der Einschätzung, dass Großbritannien auch in der Mitte des 19. Jahrhunderts und damit zur Zeit der schrittweisen Durchsetzung des Freihandels imperialistische Ambitionen verfolgt habe. Diese imperialistischen Ambitionen ließen sich jedoch nicht durch ökonomische Motive oder die Durchsetzung des Freihandels erklären. Stattdessen müssten alternative Erklärungen herangezogen werden, so etwa der große politische Einfluss des militaristisch und imperialistisch eingestellten Landadels oder der Wunsch vieler Militärs, sich auch in einer Phase ohne kontinentaleuropäische Bedrohung eine Existenzberechtigung zu erhalten. Der Freihandel dagegen sei von Politikern unterstützt worden, die ökonomische und innenpolitische Hoffnungen damit verbunden hätten.⁴

Diese Arbeit soll an die soeben skizzierte Forschungsdiskussion anknüpfen. Ziel ist eine politik- und wirtschaftshistorische Untersuchung des ersten Zeitabschnittes der britischen Freihandelspolitik zwischen 1815 und 1853. Das Jahr 1815 markiert mit dem Ende der Koalitionskriege sowie der Einführung der Corn Laws den logischen Beginn dieser Analyse. Das Jahr 1853 markiert den Beginn des Krimkrieges Großbritanniens gegen Russland und dem damit verbundenen Einbruch der Getreideimporte. Um die Wirkung des Krieges zu verdeutlichen, werden einige der von mir genutzten statistischen Daten über diesen Zeitpunkt hinausgehen. Im Zentrum der Analyse soll dabei die Frage stehen, inwiefern die Ausweitung des Freihandels und die Abschaffung von Schutzzöllen (insbesondere der in den Corn Laws verankerten Kornzölle) dabei von unterschiedlichen Motiven ökonomischer, imperialistischer, sozialpolitischer, pazifistischer oder innenpolitischer Natur geprägt wurde. Im Verlauf meiner Untersuchung werde ich dabei auch die bisherigen Forschungsansätze kritisch beleuchten und versuchen, historische Erklärungsansätze mit volkswirtschaftlichen Theorien zu verbinden.

² Galbraith, John: Myths of the „Little England“ Era, in: Peter Mathias (Hg.): Great Britain and the Colonies 1815-1865, London 1970, S. 35.

³ Gallagher, John / Robinson, Ronald: The Imperialism of Free Trade, in: Mathias 1970, S. 156.

⁴ MacDonagh, Oliver: The Anti-Imperialism of Free Trade, in: Mathias 1970, S. 164-169.

Zuvor möchte ich jedoch auf einige grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis der Geschichtswissenschaft zur Wirtschaftswissenschaft eingehen. Der Wirtschaftshistoriker Rolf Walter sieht in der Erforschung der Wirtschaftsgeschichte (wie der Geschichte im Allgemeinen) die Möglichkeit, für die Gesellschaft und politische Entscheidungsträger eine „Perspektive durch Retrospektive“⁵ zu schaffen, die „vor Kurzsichtigkeit [...] [und] der Wiederholung bereits in der Vergangenheit begangener Fehler“⁶ schützen könne. Dabei warnt er ausdrücklich vor der Annahme gleichbleibender Kontextvariablen, der so genannten „ceteris-paribus“-Klauseln. Ebendiese „ceteris-paribus“-Klauseln sind oftmals Grundbestandteil theoretischer Modelle der herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften. Gesellschaftliche, politische und kulturelle Rahmenbedingungen des Wirtschaftens werden dabei außen vor gelassen. Stattdessen soll mit quasi-mathematischer Präzision menschliches ökonomisches Handeln vorhergesagt werden.⁷

Die Dominanz dieser als „Neoklassik“ bezeichneten wirtschaftswissenschaftlichen Schule wird jedoch zusehends von verschiedenen Seiten beklagt. Spätestens seit der Finanz- und späteren Weltwirtschaftskrise ab 2008 finden sich Kritiker – überwiegend Studenten, aber auch Doktoranden und vereinzelt etablierte Ökonomen – in Netzwerken wie der International Student Initiative for Pluralism in Economics (ISIPE) oder deren deutscher Teilorganisation, des Netzwerks Plurale Ökonomik (NPO), zusammen und fordern, dass die Volkswirtschaftslehre sich für neue methodische Zugänge und insbesondere für eine interdisziplinärere Ausrichtung unter Einbezug geschichtswissenschaftlicher, politologischer und soziologischer Forschungsergebnisse öffnet.⁸

Diesen Überlegungen möchte ich mich mit der vorliegenden Arbeit in gewisser Weise anschließen. Ich sehe den Nutzen geschichtswissenschaftlicher Forschungsarbeit für das Verständnis von Wirtschaft insbesondere in der empirischen Arbeit, die zugleich politische oder soziale Einflüsse nicht aus der Analyse ausklammert. In Bezug auf das in dieser Arbeit behandelte Thema lässt sich daher wie eingangs beschrieben vermuten, dass der Freihandel nicht nur mit einer ökonomischen, sondern auch mit einer politischen und sozialen Dimension zu erklären ist.

Die Arbeit wird zunächst mit einer Darlegung der theoretischen Grundlagen des Freihandels nach Adam Smith (1723-1790) und David Ricardo (1772-1823) beginnen. Da-

⁵ Walter, Rolf: Wirtschaftsgeschichte, Köln / Weimar / Wien ⁵2011, S. 19.

⁶ Ebd.

⁷ Plumpe, Werner: Wirtschaftsgeschichte zwischen Ökonomie und Geschichte – ein historischer Abriss, in: Ders. (Hg.): Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 2008, S. 14f.

⁸ Perisic, Jonathan: Die Ökonomik in der Krise,

http://www.ruprecht.de/?p=5167&utm_content=bufferdaa1f&utm_medium=social&utm_source, abgerufen am 12.08.2014.

ran anknüpfend wird ein umfassender Quellenfundus vor allem bestehend aus Parlamentsreden und Zeitungsartikeln, ergänzt durch Statistiken und weitere Quellen, Grundlage der Analyse sein. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass sich dank reichhaltiger Archivierungs- und Digitalisierungsbemühungen vor allem im britischen Raum die Quellenakquise relativ unproblematisch gestaltet. Die Datenbank „19th Century British Library Newspapers“ umfasst beinahe alle Presseorgane der Epoche, wobei über die Suchmaschine einzelne Artikel zum angefragten Suchbegriff gesucht werden können.⁹ Einen aus Sicht des forschenden Historikers hervorragenden Service bietet auch das britische Parlament an. In dessen Parlamentsdatenbank ist ein digitalisiertes Archiv sämtlicher Plenarprotokolle seit 1803 samt umfangreicher Suchfunktion enthalten.¹⁰ Ähnliches gilt auch für die unterstützenden Dokumente der Parlamentsarbeit. Die Datenbank „House of Commons Parliamentary Papers“ enthält Dokumente der Ministerialbürokratie, der Fachausschüsse und eingesetzter Expertenkommissionen. Über diese Datenbank konnte ich diejenigen Dokumente abfragen, die es mir ermöglichten, in Kapitel 3 das Importvolumen von Getreide in der Zeit ab 1815 zu berechnen.¹¹

Da auch die Publikationen der ACLL sowie ihrer wichtigsten Protagonisten in Schriftform oder digitalisiert vorliegen, bestand die Herausforderung weniger in einem „zu wenig“, sondern vielmehr in einem „zu viel“ an Quellen. Die für diese Arbeit verwendeten Quellen stellen daher nur einen Bruchteil der vorhandenen und gesichteten Masse an Material dar. Bei den für diese Arbeit genutzten Quellen handelt es sich um diejenigen, die ich als besonders treffend in ihren Aussagen einschätze. Vor allem die im Abschnitt zu Gegnern und Befürwortern der Corn Laws genutzten Quellen stehen dabei oft stellvertretend für eine Gruppe von Quellen ähnlichen Inhalts und sollen die Position der jeweiligen Gruppe möglichst prägnant abbilden.

Auf die Analyse der Debatte zwischen den Befürwortern und Gegnern der Kornzölle folgt eine Einschätzung darüber, welche Personengruppen nach der Implementierung des Freihandels tatsächlich von ihm profitiert haben. Im abschließenden Fazit wird in begrenztem Umfang auch auf die aktuelle Situation des Freihandels sowie auf mögliche Implikationen der britischen Freihandelsgeschichte für die heutige Handelspolitik Großbritanniens eingegangen.

⁹ 19th Century British newspapers,

<http://find.galegroup.com/bncn/start.do?prodId=BNCN&userGroupName=bis>, abgerufen am 12.08.2014.

¹⁰ Historic Commons Hansard: <http://hansard.millbanksystems.com/commons/>, abgerufen am 12.08.2014.

¹¹ UK Parliament: <http://parlipapers.chadwyck.com/marketing/about.jsp>, abgerufen am 28.08.2014.

1. Die theoretisch-wissenschaftlichen Grundlagen des Freihandels

1.1 Adam Smith und „Der Wohlstand der Nationen“

In seinem Werk „Der Wohlstand der Nationen“ (eng. Original: “An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“) ging der britische Ökonom Adam Smith grundlegenden ökonomischen Fragen seiner Zeit nach. 1776 erstveröffentlicht, formulierte er hier erstmals ökonomische Prinzipien wie die Abhängigkeiten zwischen Wert und Preis von Gütern, die Lohnpolitik und die Ursachen von Kapitalbildung und gilt damit als der Begründer der Volkswirtschaftslehre.¹² Für die Fragestellung dieser Arbeit sind besonders seine Ausführungen zur Arbeitsteilung sowie zu den Auswirkungen von Zöllen und anderen Handelsbeschränkungen interessant.

Smith beginnt seine Ausführungen im ersten Kapitel unmittelbar mit der These, dass „die Arbeitsteilung [...] die produktiven Kräfte der Arbeit mehr als alles andere fördern und verbessern [dürfte]“.¹³ Er berichtet beispielhaft von der Produktion von Stecknadeln, wobei er zwei Betriebe dieser Art mit jeweils zehn Beschäftigten besichtigt habe. Der Betrieb, in dem jeder Arbeiter die gleichen Tätigkeiten und alle Arbeitsschritte ausführte, habe höchstens 20 Stecknadeln pro Arbeiter und Tag produziert, während der Betrieb mit Arbeitsteilung rund 4800 Stecknadeln pro Arbeiter und Tag hergestellt habe.¹⁴ Dieses Beispiel führt er an, um die Vorteile innerbetrieblicher und zwischenbetrieblicher Arbeitsteilung zu erläutern. Im Wesentlichen sieht Smith drei Vorteile, nämlich geringere Transaktionskosten durch den Wegfall des Wechsels zwischen mehreren Tätigkeiten, eine größere Produktivität (siehe Beispiel oben) und den Anreiz für die Beschäftigten, eigene Arbeitsschritte zum Teil durch Maschinen erledigen und somit die Produktivität steigen zu lassen.¹⁵ Auch trug Smith mit seiner Theorie zur heutigen Spezialisierung in den Wissenschaften bei, indem er das Ende der Universalgenies verkündet und stattdessen eine Trennung diverser Wissenschaftsbereiche anmahnt.¹⁶

Für Smith besteht der Anreiz zur Arbeitsteilung nicht nur in der gesteigerten Produktivität, sondern auch in der menschlichen Neigung, Gebrauchsgegenstände miteinander zu handeln. Diese Erkenntnis mündete in einem Zitat, das bis heute gern in wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen zitiert wird: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern davon,

¹² Smith, Adam: Der Wohlstand der Nationen, London ⁵1789, hg. und übers. v. Horst Recktenwald, München ¹²2009, S. XVf.

¹³ Ebd., S. 9.

¹⁴ Ebd., S. 10.

¹⁵ Ebd., S. 12f.

¹⁶ Vgl. Ebd., S. 14.

dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen. Wir wenden uns nicht an ihre Menschen-, sondern an ihre Eigenliebe [...]“.¹⁷ Unabhängig davon, dass dieses Zitat häufig vollkommen dekontextualisiert präsentiert wird und somit einen falschen Eindruck von Smiths Menschenbild erzeugen kann, wird aus diesen Überlegungen deutlich, welchen hohen Stellenwert er der Arbeitsteilung für die positive Entwicklung von Volkswirtschaften zuwies.

Im Kontext seiner Überlegungen zur Arbeitsteilung befasste sich Smith auch mit internationaler Arbeitsteilung und mit der Wirkung von Zöllen. Er beschreibt Zölle und Einfuhrbeschränkungen auf ausländische Waren sowie die Exportförderung durch Prämien für die inländischen Waren als Hauptmittel einer merkantilistischen Wirtschaftspolitik. Smith sieht in solchen Maßnahmen eine künstliche Sicherung des womöglich gegenüber dem Ausland in Sachen Produktivität unterlegenen inländischen Gewerbes und eine schädliche Förderung von dessen Monopolstellung auf dem Binnenmarkt.¹⁸ Mit einem prägnanten Beispiel und einer rhetorischen Frage erläutert Smith diesen aus seiner Sicht unhaltbaren Zustand:

„In Treibhäusern, Mistbeeten und mit erwärmten Mauerwerk lassen sich auch in Schottland recht gute Trauben ziehen und daraus auch sehr gute Weine keltern, nur würden sie etwa dreißigmal so viel kosten wie ein zumindest gleich guter aus dem Ausland. Wäre es also sinnvoll, jegliche Einfuhr von ausländischem Wein durch Gesetz zu verbieten, nur um den Anbau von Klaret und Burgunder in Schottland anzuregen?“¹⁹

Die Schlussfolgerungen, die Smith daraus zog, waren für die damalige Epoche geradezu revolutionär und seine Theorie zum internationalen Handel würde später als *Theorem der absoluten Kostenvorteile* in die Volkswirtschaftslehre eingehen.²⁰ So rege zwar eine „Monopolposition auf dem Binnenmarkt häufig die Geschäftstätigkeit in den begünstigten Erwerbszweigen stark an“²¹, die gesamtwirtschaftlichen Folgen seien aber negativ. Künstliche Handelshemmnisse wie Zölle und Importverbote würden dazu führen, dass ein Land sich nicht auf die Produktion von Waren spezialisiert, in dem es – dem Prinzip der Arbeitsteilung folgend – absolute Produktions- bzw. Kostenvorteile gegenüber an-

¹⁷ Ebd., S. 17.

¹⁸ Ebd., S. 366-368.

¹⁹ Ebd., S. 373.

²⁰ Mankiw, Gregory: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 2001, S. 58.

²¹ Smith 2009, S. 368.

deren Staaten habe. Stattdessen würden auch unproduktive Gewerbezweige erhalten, deren Produkte anderswo günstiger hergestellt werden könnten. Die Volkswirtschaft eines sich durch Zölle und Verbote abschirmenden Staates werde so zwangsläufig in Mitleidenschaft gezogen und die Preise künstlich hoch gehalten.²²

Smith stört sich beispielsweise an der zeitgenössischen Diskriminierung französischer Produkte. Er hält es für unklug, den billigeren französischen Wein vom britischen Markt abzuhalten und dadurch auf teurere portugiesische Importe angewiesen zu sein. Das Verbot französischer Weine schade somit direkt der britischen Kaufkraft.²³

Mit seinen Auffassungen steht Smith konträr zur damals herrschenden Lehrmeinung der Merkantilisten, welche davon überzeugt waren, dass der Reichtum eines Staates nicht durch Wirtschaftswachstum, sondern nur durch das Verschieben von Ressourcen aus anderen Staaten in das betreffende Land zu vergrößern sei.²⁴ Smith betont hingegen die Konsumentensouveränität als Kern jeder Volkswirtschaft und fordert, dass das Wohl des Produzenten nur dann Staatsräson sein dürfe, wenn es auch dem Wohl der Konsumenten diene. Er schlussfolgert daher, dass Zölle abgebaut und Handelsschranken sowie Exportprämien abgeschafft werden sollten.²⁵

Smiths Theorien machten ihn auch zu einem der frühen Gegner des (britischen) Kolonialsystems. Folglich kann Smith in gewisser Weise auch als einer der frühen Anti-Imperialisten bezeichnet werden.²⁶ Für Smith war die Unterhaltung von Kolonien zu kapitalintensiv und ineffizient, außerdem hielten die für die Kolonien geltenden gesetzlichen Bestimmungen andere Länder auf ungerechte Weise vom Handel mit ihnen ab. So würden Ungerechtigkeiten und monopolistische Strukturen hochgehalten, die in der von ihm vorgeschlagenen Wirtschaftsordnung keinen Platz hätten.²⁷

1.2 David Ricardo und die „Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung“

Die Thesen von Adam Smith wurden vom ebenfalls britischen Ökonom David Ricardo im Jahre 1817 in dessen Buch „Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung“ (eng. Original: “On the Principles of political Economy and Taxation“) aufgegriffen und vertieft. Zunächst erweitert Ricardo das von Adam Smith formulierte

²² Ebd., S. 368-373.

²³ Ebd., S. 388.

²⁴ Walter 2011, S. 38-40.

²⁵ Smith 2009, S. 388.

²⁶ Vgl. hierzu auch: Schuyler, Robert: The Fall of the Old Colonial System. A Study in British Free Trade 1770-1870, London / New York / Toronto 1945, S. 38f.

²⁷ Smith 2009, S. 531-541.

Prinzip der internationalen Arbeitsteilung durch Ausnutzung absoluter Kostenvorteile. Ricardo sieht nicht nur wie Smith das Problem der durch Handelsbeschränkungen künstlich hoch gehaltenen Preise, sondern stellt darüber hinaus die Theorie auf, dass ein Verhindern internationaler Handelsbeziehungen zu einer geringeren Kapitalakkumulation führt und somit zu einer geringeren Gesamtinvestitionssumme in einem protektionistisch agierenden Staat. Dies liege daran, dass in einem merkantilistisch-protektionistischen System die verschiedenen Marktakteure (Händler, Konsumenten, Unternehmer etc.) aufgrund des reduzierten Wettbewerbs und der aus der Monopolstellung der heimischen Gewerbe resultierenden Starrheit der Märkte überteuerte Preise (siehe Smith) zu zahlen hätten. Die Geldsumme, die sich aus der Differenz zwischen dem beim Freihandel relevanten internationalen Marktpreis und dem im merkantilistischen System relevanten inländischen Preis ergibt, könne nicht mehr investiert werden und stehe somit nicht mehr zur Steigerung der Gesamtwohlfahrt durch Wirtschaftswachstum zur Verfügung.²⁸

Neben der Erweiterung der Theorie Smiths zu den Vorteilen absoluter Kostenvorteile widmet sich Ricardo auch einer noch deutlich weitergehenden Überlegung bezüglich der Möglichkeiten internationaler Spezialisierung durch Freihandel. Die Theorie, die Ricardo in Erweiterung der Idee der absoluten Kostenvorteile im Jahre 1817 aufstellt, ist heute als *Theorem der komparativen Kostenvorteile* Gegenstand ökonomischer Forschung. Seine Theorie erläutert Ricardo anhand eines Zwei-Staaten-zwei-Produkte-Modells (Tabelle 1). Gegeben sei eine Situation, in der sich zwei Staaten (Portugal und Großbritannien) auf dem Weltmarkt begegnen, die beide die gleichen Produkte produzieren, nämlich Wein und Tuch. Ricardo ist davon überzeugt, dass es selbst dann zum Austausch kommen kann, wenn ein Land beide Produkte effizienter produziert als das andere. Obwohl im Beispiel Ricardos Portugal beide Waren effizienter produziert als Großbritannien, lohnt sich der Austausch für beide Staaten, da Großbritannien bei der Herstellung von Tuch und Portugal bei der Herstellung von Wein komparative Vorteile aufgrund der geringeren Opportunitätskosten (s.u.) besitzen und sich dementsprechend Großbritannien auf die Produktion von Tuch und Portugal auf die Produktion von Wein spezialisieren sollte.²⁹

²⁸ Ricardo, David: Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, London ³1821, hg. und übers. v. Gerhard Bondi, München 2006, S. 119-123.

²⁹ Ebd., S. 124f.

	Großbritannien	Portugal
1 Einheit Tuch	100 Arbeitsstunden ←	90 Arbeitsstunden
1 Einheit Wein	120 Arbeitsstunden	80 Arbeitsstunden

Tabelle 1: Komparative Kostenvorteile (Ricardos Beispiel, eigene Darstellung)

Unter Opportunitätskosten eines Gutes versteht man die Summe des Verzichts auf andere Güter, die durch die Produktion dieses Gutes erzeugt wird.³⁰ Nehmen wir an, dass beide Staaten je über 1000 Arbeitsstunden verfügen (der einfacheren Darstellung halber lasse ich ebenso wie Ricardo andere Produktionsfaktoren wie Kapital oder Boden unberücksichtigt; siehe Tabelle 2), so könnte Großbritannien, wenn es ausschließlich Tuch herstellt, 10 Einheiten Tuch produzieren. Würde es aber ausschließlich Wein produzieren, so ergäbe der Einsatz von 1000 Arbeitsstunden 8,333 Einheiten Wein. Würde Portugal seine 1000 Arbeitsstunden ausschließlich zur Tuchproduktion nutzen, käme es auf 11,111 Einheiten Tuch. Produzierte es stattdessen ausschließlich Wein, ergäbe dies 12,5 Einheiten Wein.

	Tuch	Wein
Großbritannien	10 Tuch	8,333
Portugal	11,111	12,5

Tabelle 2: Produktion bei 1000 Arbeitsstunden (eigene Berechnung und Darstellung)

Dies bedeutet, dass Großbritannien durch die Herstellung von 10 Einheiten Tuch auf die Herstellung von 8,333 Einheiten Wein verzichten muss und bei der Herstellung von 8,333 Einheiten Wein auf 10 Einheiten Tuch. Portugal muss bei der Herstellung von 11,111 Einheiten Tuch dementsprechend auf 12,5 Einheiten Wein verzichten und bei der Herstellung von 12,5 Einheiten Wein auf 11,111 Einheiten Tuch (siehe Tabelle 3). Daraus folgt, dass es sich für Portugal lohnt, sich auf die Produktion von Wein zu spezialisieren, da Wein die geringeren Opportunitätskosten aufweist. Großbritannien sollte sich nach dem gleichen Prinzip auf die Produktion von Tuch spezialisieren.

<i>Opportunitätskosten bei</i>	Produktion von Tuch	Produktion von Wein
Großbritannien	8,333 Wein	10 Tuch
Portugal	12,5 Wein	11,111 Tuch

Tabelle 3: Opportunitätskosten (eigene Berechnung und Darstellung)

³⁰ Vgl. Mankiw 2001, S. 58-60.

Wichtig ist, dass dieses Modell nur funktioniert, wenn beide Staaten über begrenzte Arbeitskraft, Boden und Kapital verfügen (ansonsten könnte in Ricardos Beispiel Portugal schlicht beide Waren in beliebiger Masse produzieren und von den absoluten Kostenvorteilen bei beiden Waren profitieren) sowie Opportunitätskosten in unterschiedlicher Höhe aufweisen (sonst würde der Handel keine Produktionssteigerung ergeben und beide Staaten könnten einfach beide Produkte für den Eigenverbrauch fertigen).

Diese theoretischen Modellrechnungen beweisen für Ricardo, dass der Merkantilismus beseitigt und Zölle sowie Handelsbarrieren abgeschafft werden sollten, um eine Erhöhung der globalen Gesamtproduktionsmenge zu erreichen.³¹ Ausdrücklich fordert er in Anlehnung an Smith den Abbau der Handelshemmnisse auch für die Kolonien ein.³²

Ricardo lieferte mit seinen Aussagen zum Freihandel die wissenschaftliche Grundlage für eine politische Debatte, deren Verlauf und Ergebnis ich im folgenden Kapitel als Schwerpunkt dieser Arbeit analysieren möchte.

Zunächst werde ich die politischen Hintergründe für die Einführung der Corn Laws im Jahr 1815 und die wichtigsten Inhalte dieser Gesetze sowie ihrer Modifikationen von 1822, 1828 und 1842 erläutern. Es folgt eine detaillierte Analyse der in der Debatte hervorgebrachten Argumente der Befürworter und Gegner einer Abschaffung der Kornzölle. Um der Komplexität der Fragestellung gerecht zu werden und den Einfluss verschiedener Strömungen innerhalb der Freihandelsbewegung abzuschätzen, werden sowohl Gegner als auch Befürworter in verschiedene Gruppen eingeteilt. Schließlich wird auf die schwierige Frage eingegangen, ob sich die Profiteure und Verlierer der Abschaffung klar bestimmen lassen.

2. Die Auseinandersetzungen um den Freihandel am Beispiel der Abschaffung der Corn Laws

2.1 Die frühe Freihandelsdiskussion: Hintergrund und Gegenstand der Corn Laws

Die Entscheidung der britischen Politik, im Jahre 1815 ein Gesetz zum Schutz der inländischen Landwirtschaft durch Importverbote auf mehrere Getreidesorten zu erlassen, kann nicht ohne den historischen Kontext verstanden werden, in dem sie gefällt wurde. Während der Kriegsperiode gegen das revolutionäre und später napoleonische Frankreich zwischen 1793 und 1815 befand sich Großbritannien – wie alle kriegsführenden

³¹ Ebd., S. 306-308.

³² Ebd., S. 329.

Staaten – in einem permanenten Ausnahmezustand. Hohe Belastungen der Wirtschaft durch Steuern zur Kriegsfinanzierung, hohe Verluste im Krieg sowie der durch die ab 1806 von Napoleon verhängte Kontinentalsperre stark eingeschränkte Handel mit dem europäischen Festland schwächten das Land massiv.³³

Zugleich aber eröffneten der britische Seesieg bei Trafalgar (21. Oktober 1805) sowie der endgültige Sieg der europäischen Alliierten bei Waterloo (18. Juni 1815) dem Land neue ökonomische Perspektiven. Gestärkt wurde Großbritannien zusätzlich durch die kriegsbedingt vertiefte Einheit zwischen Schottland, Wales, England und Irland sowie durch die seit der Terrorherrschaft der Jakobiner (1792-1794) vorhandene Abneigung gegenüber revolutionären Umstürzen. Britische Händler suchten sich zunehmend außer-europäische Absatzmärkte für ihre Waren. Schwerpunkte dieser Bemühungen lagen dabei in Nord- und Lateinamerika sowie Südasien. Die neuen Handelspartner konnten dabei nicht nur die von der Kontinentalsperre verursachten Absatzeinbrüche in Europa auffangen, sondern boten auch eine lukrative Perspektive über das Ende des Krieges hinaus.³⁴

Die Landwirtschaft nahm dabei jedoch eine wichtige Sonderrolle ein. Während des Krieges war Großbritannien aus politischen und militärischen Gründen (Truppenversorgung, Sicherstellung der Zufriedenheit der einheimischen Bevölkerung durch niedrige Getreidepreise, Stärkung der Beziehungen zu den Alliierten durch Kauf deren Getreides) auf den möglichst günstigen Import von Getreide aus Europa angewiesen. Zölle oder Importverbote hatten folglich keinen Platz in den strategischen Überlegungen der britischen Führung. Dies sollte sich nach Kriegsende jedoch ändern.³⁵

Bereits im Mai 1814, unmittelbar nach dem ersten Friedensschluss mit Frankreich infolge des sechsten Koalitionskrieges, der Verbannung Napoleons auf die Insel Elba und dem Beginn des Wiener Kongresses, begannen Abgeordnete aus ländlichen Wahlkreisen Großbritanniens die Forderung nach Schutzzöllen und Importverboten auf ausländisches Getreide zu erheben. So erinnerte der Abgeordnete William Huskisson von den konservativen Tories in seiner Rede während der ersten Debatte über die mögliche Einführung eines Importverbotes für ausländisches Getreide daran, dass Großbritannien sich in den Jahren seit 1793 von ausländischem Getreide abhängig gemacht habe. Nun, nach Ende des Krieges, sei es jedoch geboten, die heimische Landwirtschaft vor auslän-

³³ Maurer, Michael: Kleine Geschichte Englands, Stuttgart 2007, S. 316f.; S. 336f.

³⁴ Rubinstein, William: Britain's Century: A Political and Social History 1815-1905, London 1998, S. XI-XV.

³⁵ Vgl. Schuyler 1945, S. 80-97.

discher Konkurrenz zu schützen, um so die Versorgungssicherheit der britischen Bevölkerung sicherzustellen.³⁶ Später ergänzte er, Großbritannien sei anders als kontinental-europäische Länder zwingend auf eigene Landwirtschaft angewiesen. Außerdem sei es nicht zu vertreten, dass Handel und Industrie durch Zölle geschützt würden, die Landwirtschaft aber nicht. Vorwürfe, die Abgeordneten würden einseitig die Interessen des Landadels unterstützen, wies er empört zurück.³⁷

Francis Horner stellte klar, er habe grundsätzlich nichts gegen Freihandel, die Landwirtschaft sei jedoch besonderen Belastungen ausgesetzt und müsse daher geschützt werden.³⁸ Eine ähnliche Argumentation brachte auch Thomas Brand vor, indem er an die im Vergleich zum Ausland ungleich höheren Belastungen der britischen Landwirtschaft durch Steuern, Kirchenabgaben und Anderes erinnerte, wodurch die hiesige Landwirtschaft einen Wettbewerbsnachteil habe, den es durch faire Zölle auszugleichen gelte.³⁹

Widerspruch erteten die Befürworter eines Schutzes der britischen Landwirtschaft nur von wenigen Abgeordneten. Einer von ihnen war Edward Protheroe. Er sagte als Abgeordneter der Industriestadt Bristol, dass er es nicht mittragen könne, wenn auf Kosten der Arbeiter die Preise für Weizen künstlich erhöht würden.⁴⁰

Aus diesen und ähnlichen im Jahre 1814 gehaltenen Reden kann man bereits den wachsenden Konflikt zwischen ländlich-adeligen und städtisch-industriellen Interessen erkennen. Während die im Parlament zahlreich vertretenen Vertreter des Landadels (der sogenannten „landed interest“) die Landwirtschaft – und somit ihre Erwerbsquelle – vor ausländischer Konkurrenz schützen wollten, befürchteten die städtischen Abgeordneten eine künstliche Preissteigerung durch den Protektionismus. Auch die Fortsetzung der Debatte im Jahre 1815, kurz vor der Rückkehr Napoleons aus dem Exil auf Elba, brachte ähnliche Denkweisen zum Vorschein. William Wilberforce lehnte mit Blick auf den üblen Zustand der britischen Landwirtschaft den Freihandel zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab,⁴¹ während sein Tory-Kollege John Smyth ähnlich wie Huskisson im Jahr zuvor darauf verwies, dass nicht nur die Landwirtschaft durch Handelshemmnisse geschützt würde.⁴² Konkret beinhalteten die schließlich beschlossenen Corn Laws keine Zölle, sondern Importverbote für alle wichtigen Getreidesorten bis zu einem gewissen

³⁶ Rede von William Huskisson am 05. Mai 1814, in: Hansard of the House of Commons and the Lords, Reihe 1, Bd. 27, hg. v. United Kingdom Parliament, London 1814, S. 722-725.

³⁷ Rede von William Huskisson am 16. Mai 1814, in: Hansard 1/27 1814, S. 920f.

³⁸ Rede von Francis Horner am 16. Mai 1814, in: Hansard 1/27 1814, S. 917-919.

³⁹ Rede von Thomas Brand am 16. Mai 1814, in: Hansard 1/27 1814, S. 919.

⁴⁰ Rede von Edward Protheroe am 16. Mai 1814, in: Hansard 1/27 1814, S. 922.

⁴¹ Rede von William Wilberforce am 10. März 1815, in: Hansard 1/30 1815, S. 116.

⁴² Rede von John Smyth am 10. März 1815, in: Hansard 1/30 1815, S. 118.

Preis, der in dem Gesetz festgelegt wurde. Weizen, das mit weitem Abstand wichtigste Grundnahrungsmittel, durfte erst ab einem Preis von 80 Schilling⁴³ importiert werden; Roggen, Erbsen und Bohnen ab 53 Schilling; Gerste ab 40 Schilling und Hafer ab 27 Schilling. Alle Angaben beziehen sich dabei auf den Preis pro Quarter.⁴⁴ Stiegen die Marktpreise im Inland über die genannten Preise an, so durfte (sogar ohne Zoll) importiert werden. Blieben die Preise niedriger, so durfte zwar importiert werden, das Importkorn musste jedoch in den Lagerhäusern bleiben.⁴⁵

Wenige Jahre nach ihrer Implementierung wurde jedoch erneut um die Corn Laws gestritten. Bereits 1820 forderte der ein Jahr zuvor ins Unterhaus gewählte und schon unter seinen Zeitgenossen bekannte Ökonom David Ricardo die vollständige Abschaffung der Corn Laws und die Einführung des Freihandels. Er griff dabei auf die Modelle in seinem 1817 veröffentlichten und in dieser Arbeit bereits behandelten Buch zur politischen Ökonomie zurück. Ricardo verwies nicht nur auf die lohn- und preistreibenden Effekte des Importverbotes,⁴⁶ sondern führte auch eine mögliche Verbesserung der Lebensumstände der armen Bevölkerungsschichten durch sinkende Getreidepreise an.⁴⁷ Unterstützung erfuhr die Sache des Freihandels auch von Stamford Raffles, dem Gründer der Stadt Singapur. Raffles sprach bereits 1819 davon, der Freihandel könne nicht nur für Großbritannien, sondern auch für dessen Kolonien eine Verbesserung der Lebensumstände mit sich bringen. Raffles trat dafür ein, Gebiete außerhalb der britischen Inseln nicht gegen den Willen ihrer Bewohner zu erobern, sondern sich auf kleine unbewohnte Eilande zu beschränken und dort Handelsposten zu errichten. Großbritannien solle nicht mit Gewalt große Territorien erobern, sondern mit anderen Staaten friedlich und durch Freihandel kooperieren.⁴⁸

Den langfristig größten Einfluss hatte jedoch die Annahme einer Petition Londoner Kaufleute durch das Unterhaus im Jahre 1820. Die von Thomas Tooke, einem erfahrenen Kaufmann im britischen Russland-Handel, verfasste Petition wurde am 8. Mai 1820 von dessen Geschäftspartner und Abgeordneten Alexander Baring im Unterhaus vorgelesen. Wesentliche Forderungen betrafen die weitere Abschwächung der Navigationsak-

⁴³ Britische Währungseinheiten ab 1815/16: 1 Pfund (£) = 20 Schilling = 240 Pence (1 Schilling = 12 Pence); 80 Schilling entsprechen damit 4£.

⁴⁴ Britische Getreidemaße: 1 Quarter = 8 Scheffel = 64 Gallonen = 291,2 Liter. Da die Hektolitermasse von Weizen rund 80 Kilogramm beträgt, ergibt ein Quarter ungefähr 233 Kilogramm Weizen.

⁴⁵ Importation Act 1815, 55 George III, C. 26.

⁴⁶ Rede von David Ricardo am 12. Mai 1820, in: Hansard 2/01 1820, S. 331.

⁴⁷ Rede von David Ricardo am 30. Mai 1820, in: Hansard 2/01 1820, S. 671-676.

⁴⁸ Sir Stamford Raffles über Kolonien und Handelsposten 1819, in: Contemporary Sources and Opinions in Modern British History, Bd. 2, hg. v. Lloyd Evans und Philipp Pledger, London / New York 1967, S. 186f.

te von 1651 (also das Verbot für nicht-britische Schiffe, britische Häfen anzulaufen) und die Verringerung der Zölle auf Holz aus dem Baltikum.⁴⁹ Als wichtigste Forderung sollte sich jedoch diejenige erweisen, den Freihandel als allgemeinen Grundsatz britischer Außenpolitik festzuschreiben. Zwar lag in der Petition kein direkter Angriff auf die Corn Laws, aber die Festschreibung des Freihandels als Grundgedanken langfristiger Handelspolitik stellte Handelshemmnisse erstmals offiziell zur Disposition.⁵⁰

Im Jahre 1822 einigten sich die Parlamentarier schließlich darauf, das Importverbot zu lockern. Ausländischer Weizen durfte importiert werden, sobald der Weizenpreis 80 Schilling erreichte. Sank der Preis im weiteren Verlauf wieder, so durfte weiterhin importiert werden, jedoch nur bis zu einem Preis von 70 Schilling. Erreichte der Preis diese Grenze, so war der Import wieder verboten.⁵¹

Der Earl of Bathurst begründete im House of Lords seine Zustimmung zur neuen Regelung damit, dass diese notwendig sei, um einerseits weiterhin die britische Landwirtschaft zu schützen, aber andererseits plötzliche Mengenschwankungen bei Erreichen der 80-Schilling-Grenze zu verhindern.⁵² Die Gegenmeinung vertrat Lord Erskine, da er einen Einstieg in den Ausstieg des Schutzes der britischen Landwirtschaft befürchtete.⁵³ Wie sich später herausstellen würde, sollte die weitere Entwicklung der britischen Zollpolitik Letzterem Recht geben.

So schufen die 1824 und 1825 unterzeichneten Handelsverträge mit Schweden, Dänemark, Preußen, Hannover, einigen Hansestädten, Brasilien, Kolumbien und Rio eine politische Atmosphäre, in der die Idee möglichst freien Handels mit anderen Staaten immer größeren Raum einnahm. Zwar enthielten die Abkommen keine Senkung der Getreidezölle, sorgten aber für eine Öffnung der Häfen und weitere Handelserleichterungen. Verhandelt wurden all diese Verträge von dem bereits 1815 an der Debatte um die Corn Laws prominent beteiligten William Huskisson, der seit 1823 als Handelsminister amtierte.⁵⁴ Huskisson, 1815 noch begeisterter Anhänger des Merkantilismus, argumentierte nun deutlich zurückhaltender. Zwar halte er die britische Landwirtschaft nach wie vor für schützenswert, so Huskisson 1825 vor dem Unterhaus, doch könne man sich auf lange Sicht der Idee des Freihandels nicht verschließen.⁵⁵

⁴⁹ Vgl. Rede von Alexander Baring am 08. Mai 1820, in: Hansard 2/1 1820, S. 165-182.

⁵⁰ Grampp, William: How Britain turned to Free Trade, in: Business History Review 61/1, 1987, S. 88-91.

⁵¹ Importation Act 1822, 3 George IV, C. 60.

⁵² Rede des Earl of Bathurst am 05. Mai 1822, in: Hansard 2/07 1822, S. 1505-1507.

⁵³ Rede von Lord Erskine am 05. Mai 1822, in: Hansard 2/07 1822, S. 1507f.

⁵⁴ Halevy, Elie: A history of the English people in the 19th century, Bd. 2, London ²1949, S. 201f.

⁵⁵ William Huskisson and Free Trade 1825, in: Evans / Pledger 1967, Bd.1, S. 47.

Nur drei Jahre später, 1828, erfolgte eine weitere Änderung der Corn Laws. Der schließlich angenommene Regierungsentwurf sah vor, das Importverbot komplett aufzuheben und darüber hinaus den Import ab einem Weizenpreis von 73 Schilling praktisch zollfrei (ein Schilling „Bearbeitungsgebühr“ pro Quarter) zuzulassen. Anstelle des Importverbotes wurde unterhalb eines Weizenpreises von 73 Schilling ein progressiv ansteigender Zoll eingeführt; je geringer der Preis für Weizen, desto höher lag der Zoll. Fielen die Preise auf unter 52 Schilling pro Quarter, erreichte der Zollsatz 34 Schilling und acht Pence und stieg darüber hinaus nicht weiter an.⁵⁶

Zuletzt wurden die Kornzölle 1842 leicht abgesenkt, sodass der Höchstzoll nun nicht mehr bei 34 Schilling und acht Pence, sondern bei 20 Schilling lag.⁵⁷

Obwohl mit diesem neuen Status quo noch lange kein Einschnitt in das Abschirmen der inländischen Landwirtschaft, geschweige denn echter Freihandel bei Getreide erreicht wurde, waren die Modifikationen von 1822 und 1828 trotzdem von erheblicher Bedeutung. Bewiesen sie doch, dass weder eine starre Importgrenze wie 1815 noch eine Art „Gleitzone“ für den Import wie 1822 dauerhafte Lösungen darstellen konnten.

Das folgende Unterkapitel, zugleich Schwerpunkt dieser Arbeit, wird sich detailliert mit dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Corn Laws beginnend mit dem Gründungsjahr der ACLL 1838 befassen. Das besondere Augenmerk wird dabei darauf liegen, von welchen Motiven geleitet die diversen politischen Akteure in der Debatte aufeinander trafen und wessen Interessen schließlich den entscheidenden Ausschlag für die Entscheidung zur Liberalisierung des Handels gaben.

2.2 Motive der Befürworter und Gegner einer Abschaffung der Kornzölle

Wie bereits erwähnt droht jede Analyse der britischen Freihandelspolitik sich aufgrund der schieren Masse an Quellen und Forschungsbeiträgen in dem vorhandenen Material zu verlieren. Eine andere Gefahr liegt darin, nur die Perspektive eines beteiligten Akteurs oder einer Gruppe zu untersuchen, die anderen außen vor zu lassen und so die Komplexität der Freihandelsdebatte nur unzureichend abzubilden. Daher werde ich, um beide Probleme zu umgehen, zunächst eine Kategorisierung der Befürworter und Gegner des Freihandels vornehmen und anschließend nicht nur die Motive und Argumente, sondern auch den Einfluss der jeweiligen Gruppen analysieren. Insgesamt möchte ich die Befürworter des Freihandels in vier Gruppen und die Gegner des Freihandels in zwei Gruppen einteilen.

⁵⁶ Importation of Corn Act 1828, 9 Geo IV, C. 60.

⁵⁷ Duties on Corn Act 1842, 5 Vict, C. 14.

Die Befürworter teile ich in Anlehnung an, aber leichter Abweichung von William Grampp wie folgt ein: erstens, die Gruppe der Industriellen und ihrer Unterstützer, die sich massive ökonomische Vorteile im innerbritischen Kampf um Arbeitskräfte sowie im internationalen Kampf um Weltmarktanteile versprach. Zu dieser Gruppe zähle ich auch diejenigen Politiker, die die Vorteile freien Handels notfalls auch mit Gewalt abzusichern versuchten und dabei imperialistische Bestrebungen erkennen ließen. Zweitens, die Gruppe derjenigen Aktivisten, die sich oft altruistisch dafür einsetzten, dass den ärmeren Schichten durch günstigeres Getreide geholfen werde. Drittens, die Gruppe der Pazifisten, die sich vom Freihandel stärkere Bindungen zwischen den verschiedenen Nationen und somit eine geringere Wahrscheinlichkeit von Kriegen versprach. Und viertens, die Gruppe der Mittelklasseaktivisten, die sich von einer Abschaffung der Corn Laws eine Schwächung des Landadels und seiner dominanten politischen Stellung erhofften, um im Anschluss den politisch unterrepräsentierten Schichten der Arbeiter, Industriellen und der Mittelschicht mehr politische Teilhabe zu ermöglichen.⁵⁸

Anders als für die Befürworter durch Grampps Kategorisierung geschehen, gibt es für die Gegner bisher keine ähnliche Einteilung. Aus meiner Analyse der Quellen sowie der Forschungspublikationen habe ich jedoch den Eindruck gewonnen, dass eine Einteilung wie folgt sinnvoll erscheint: Die erste Gruppe stellen demnach weite Teile der Chartistenbewegung dar, deren radikaldemokratische und frühsozialistische Ansätze sich mit denen der marktliberalen ACLL kaum vertrugen. Die zweite Gruppe bilden diejenigen Adligen, die einerseits als Vertreter der „landed interest“ die ökonomischen Interessen des grundbesitzenden Landadels vertraten und sich vor durch den Freihandel möglicherweise ausgelösten Preissenkungen auf Getreide fürchteten und andererseits um ihre politische Dominanz in beiden Kammern des Parlaments bangten.

Obwohl ich in der folgenden Analyse mit der soeben vorgenommenen Einteilung der Debattenteilnehmer in insgesamt sechs Gruppen arbeiten möchte, so ist doch darauf hinzuweisen, dass es innerhalb der Befürworter und Gegner auch personelle Überschneidungen geben kann. Dies trifft insbesondere auf die dritte und vierte Gruppe der Freihandelsbefürworter (Pazifisten und Mittelklasseaktivisten) sowie die zweite und vierte Gruppe derselben (sozialpolitisch Engagierte und Mittelklasseaktivisten) zu.

Bereits im Abschnitt 2.1 wurde deutlich gemacht, welche große Bedeutung den Getreidepreisen seitens der britischen Politik zugemessen wurde. Es ist daher logisch, dass die Intensität der Freihandelsdebatte stark von den Preisschwankungen am Getreidemarkt

⁵⁸ Vgl. Grampp, William: Britain and free trade: In whose interest?, in: Public Choice 55, 1987, S. 252.

abhing. Dies traf besonders auf den Weizenpreis zu, da Weizen das wichtigste Getreide war. Aus demselben Grund wird sich auch diese Arbeit auf den Weizenpreis konzentrieren. Waren die Preise auf einem hohen Niveau, so waren heftige Auseinandersetzungen quasi vorprogrammiert. Sanken die Preise hingegen auf ein niedriges Niveau, so nahm dies der Debatte entsprechend die Nahrung.

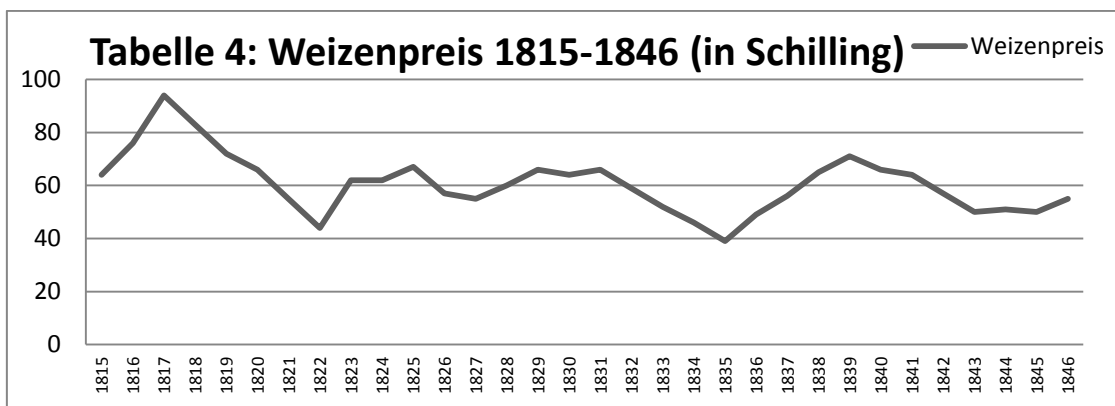
Wie die Tabelle 4 zeigt, gab es im Zeitraum zwischen der Einführung der Corn Laws im Jahr 1815 bis zu ihrer Abschaffung im Jahr 1846 erhebliche Änderungen des Weizenpreises. Die Daten habe ich für den Zeitraum von 1815 bis 1829 einem Zeitungsartikel des Derby Mercury vom 18. August 1841⁵⁹ entnommen, für die Zeit ab 1830 einem Aufsatz von Wray Vampley.⁶⁰ Beide Datenquellen können dabei als sehr zuverlässig gelten, da beide mit den Veröffentlichungen der offiziellen britischen Getreidepreiskommission arbeiten. Außerdem zeigt ein Vergleich der von beiden Datenquellen dargestellten Zeit von 1829 bis 1839, dass sie identische Zahlen aufweisen, was die Verlässlichkeit der Daten bezeugt.

Die Tabelle zeigt, dass der Preis für Weizen im Jahr 1815 durchschnittlich 63 Schilling und acht Pence betrug und bis zum Jahr 1817 auf 94 Schilling anstieg. Zusammen mit dem Jahr 1818, in dem der durchschnittliche Weizenpreis 83 Schilling und 8 Pence betrug, stellen diese beiden Jahre auch die beiden einzigen Jahre im Untersuchungszeitraum dar, in denen der Preis über 80 Schilling lag und somit importierter Weizen verkauft werden durfte. Dies bedeutet, dass die ursprünglichen Corn Laws von 1815 den Import über einen langen Zeitraum wirksam minimiert haben. Die erste Novelle der Corn Laws von 1822 brachte demzufolge keine Änderung, denn der Preis für Weizen stieg in der Zeit zwischen 1822 und 1828 nie über die Marke von 80 Schilling. Erst nach der zweiten Novelle der Corn Laws im Jahr 1828 konnte also importierter Weizen verkauft werden, auch wenn von nun an Zoll entrichtet werden musste. Die weitere Entwicklung des Weizenpreises bis zum Gründungsjahr der ACLL 1838 lässt sich in drei Phasen einteilen. Die erste Phase umfasst die Jahre 1828 bis 1831 und ist von Preisstabilität geprägt. In dieser Phase pendelte der Weizenpreis im Bereich von 60 bis 66 Schilling. Die zweite Phase umfasst die Jahre 1832 bis 1835 und zeichnet sich durch ein rapides Absinken, geradezu Abstürzen der Preise aus. 1835 betrug der durchschnittliche Preis pro Quarter Weizen nur noch 39 Schilling und vier Pence. Verglichen mit dem Preis von 1831 bedeutet dies ein relatives Absinken des Preises um 40,7%. Die

⁵⁹ Average Price of Corn for fifty years, in: The Derby Mercury, Nr. 5693, 18.08.1841.

⁶⁰ Vampley, Wray: A Grain of truth. The 19th Century Corn averages, in: The Agricultural History Review 28/1, 1980, S. 9.

dritte und letzte Phase umfasst die Jahre 1836 bis 1838/39 und zeigt einen starken Preisanstieg. Im Jahr 1838 betrug der durchschnittliche Preis pro Quarter Weizen bereits 64 Schilling und sieben Pence, im Jahr 1839 sogar 70 Schilling und acht Pence.



Die massiven Preissteigerungen der Jahre 1835 bis 1838 schufen also die ideale Voraussetzung für eine neue Welle politischer Agitation gegen die Corn Laws. Am 10.09.1838 traf sich erstmals eine Gruppe aus Industriellen, radikalliberalen Verlegern und Politikern in einem Hotel in Manchester, um über die Gründung einer Organisation für den Kampf gegen die Corn Laws zu beraten. Kurze Zeit später wurde tatsächlich eine solche Organisation gegründet, nämlich die Manchester Anti-Corn Law Association. Die Gründungsmitglieder der Gruppe und zugleich die führenden Persönlichkeiten waren die Händler John Browning, George Wilson, Benjamin Smith und Thomas Potter, der Verleger Archibald Prentice und die Fabrikanten Richard Cobden und John Bright. Früh gab es auch erste Kontakte zu den wenigen vom Freihandel überzeugten Abgeordneten im Parlament. Der bekannteste unter ihnen war der Whig-Abgeordnete Charles Villiers, der zwischen 1837 und 1845 jährlich einen Antrag auf die Abschaffung der Corn Laws ins Parlament einbrachte und stets scheiterte.⁶¹

Am 20.03.1839 wurde die Association zur National Anti-Corn Law League umgeformt und umfasste nun nicht mehr nur die Gruppierung in Manchester, dem Hauptsitz der League, sondern auch andere Gruppen, unter anderem aus Leeds, Birmingham und Huddersfield, allesamt Städte mit einem hohen Anteil der Industrie an der Wirtschaftskraft.⁶²

Da die nächsten Parlamentswahlen erst 1841 anstanden und es für die ACLL somit zunächst keine Möglichkeit gab (mit Ausnahme von Villiers und seinen wenigen Unterstützern), ihre Mitglieder ins Parlament wählen zu lassen, konzentrierte sie sich auf öffentlichkeitswirksame Agitation gegen die Corn Laws. Das bereits im April 1839 erst-

⁶¹ McCord, Norman: The Anti-Corn Law League, London ²1968 (ND 1975), S. 34-40.

⁶² Ebd., S. 53f.

mals veröffentlichte *Anti-Corn Law Circular* erreichte dabei die hoch gesteckten Ziele ebenso wenig wie die ersten Lesereisen und öffentlichen Auftritte.⁶³ Zwar berichtete die der ACLL nahestehende Zeitung *The Manchester Times and Gazette* im August 1839, dass die ACLL große Fortschritte mache und durch ihr massives Agenda-Setting in der Debatte um die Corn Laws der Politik den Takt vorgebe,⁶⁴ dies kann jedoch aufgrund der fehlgeschlagenen Kampagne des Jahres 1839 als euphemistische Darstellung eingeordnet werden. Hauptgrund für die Probleme der ACLL in ihrem Gründungsjahr waren die schlechte Organisation sowie die desaströse Finanzlage. Für den Historiker Norman McCord zeigte sich, dass „their work of skilful manipulation of propaganda“⁶⁵ als „the one hopeful sign in the midst of failure“⁶⁶ herausstach.

Die Probleme der ACLL in ihrem ersten Jahr nach der Gründung hielten diese jedoch nicht davon ab, sich zu konsolidieren und ihre Kampagne gegen die Corn Laws fortzusetzen. Ausgestattet mit neuen finanziellen und personellen Ressourcen sowie den Erfahrungen des vorangegangenen Jahres setzte die ACLL in den folgenden Jahren mit stetig steigendem Einfluss ihre Agitation fort.⁶⁷

Früh wurde dabei deutlich, wie die vier verschiedenen Gruppen innerhalb der ACLL und ihrer Sympathisanten zwar mit unterschiedlichen Argumentationsmustern, aber doch auf dasselbe Ziel hinarbeiteten.

Die erste Gruppe bestand aus denjenigen Industriellen und ihren Unterstützern, die sich vom Freihandel diverse ökonomische Vorteile versprachen. Ein Zeitungsartikel des *Leeds Mercury*, also aus einer der großen Industriestädte, druckte bereits 1840 einen Artikel ab, in dem das Board-of-Trade-Mitglied MacGregor die ökonomischen Vorzüge des Freihandels für die britische Industrie betonte. MacGregor machte deutlich, dass eine Abschaffung der Kornzölle und anderer Schutzzölle aus mehreren Gründen vorteilhaft sei. Könne günstigeres Getreide importiert werden, so ermögliche dies den Beschäftigten, einen größeren Anteil ihres Lohnes für Manufakturwaren auszugeben. Außerdem mindere die erwartete geringere Schwankung des Weizenpreises den Lohndruck auf die Arbeitgeber aus der Industrie. Die dadurch stabilisierten Produktionskosten würden es der britischen Industrie ermöglichen, wettbewerbsfähiger als die europäischen und US-amerikanischen Konkurrenten zu sein. Weitere Vorteile ergäben sich beim Seehandel. Da die britischen Frachter unter den von den überhöhten Kornpreisen

⁶³ Ebd., S. 65-70.

⁶⁴ Anti-Corn Law League, in: *The Manchester Times and Gazette*, Nr. 568, 10.08.1839.

⁶⁵ McCord 1975, S. 70.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Ebd., S. 71.

verursachten und im Vergleich zum Ausland sehr viel höheren Proviantkosten für Schiffsreisen litten, seien sie kaum in der Lage, Marktanteile zu erobern. Würden die Proviantkosten sinken, könnten die Reedereien Weltmarktführer werden.⁶⁸

Eine wesentliche Rolle bei der Agitation aller Strömungen der ACLL spielte das ab 1843 wöchentlich veröffentlichte ACLL-Mitgliedermagazin *The League*, welches das Anti-Corn Law Circular ersetzte und in vier Jahrgängen erschien. Im Jahr 1846 brachte *The League* einen Artikel, in dem offizielle Zahlen zum Handelsvolumen des britischen Außenhandels präsentiert wurden. Obwohl viele kontinentaleuropäische Staaten ihre Zölle erhöht hätten, habe es aufgrund der britischen Zollerleichterungen bei den Kornzöllen von 1842 eine Steigerung sowohl der Importe als auch der Exporte gegeben. Insbesondere Staaten mit besonders hohen Importzöllen auf auswärtige (also auch britische) Waren wie Frankreich, Belgien und Russland sowie der deutsche Zollverein hätten mehr britische Exporte aufgenommen – Frankreich z.B. statt 416.952 Pfund im Jahr 1827 nun 2.656.259 Pfund im Jahr 1844.⁶⁹ Grund dafür sei die Tatsache, dass das von den Briten für das ausländische Getreide bezahlte Geld von den ausländischen Kaufleuten sogleich wieder für den Kauf britischer Waren verwendet worden sei. Die ACLL sah darin den Beweis für die Richtigkeit und praktische Anwendbarkeit ihrer Theorien und erneuerte ihre Forderung nach völligem Freihandel bei Getreide.⁷⁰

Unter diese rein ökonomischen Argumentationsmuster mischten sich bald jedoch auch andere Stimmen, zum Beispiel die von Lord Palmerston, dem späteren Premierminister. Palmerston gehörte zwar nicht der Unternehmerschicht an, war aber ein Befürworter des Freihandels. Um der britischen Industrie neue Absatzmärkte zu sichern, müsse man künftig verstärkt Kolonien erobern oder außereuropäische Staaten anderweitig von Großbritannien abhängig machen, da die europäischen Märkte durch den Protektionismus der kontinentaleuropäischen Staaten zusehends verschlossen würden.⁷¹

In dieselbe Richtung weist auch eine vielbeachtete Parlamentsrede des 1845 amtierenden Premierministers Sir Robert Peel. Schon ein Jahr vor der endgültigen Abschaffung der Kornzölle verband Peel in seiner Rede die Idee des Freihandels mit der Notwendigkeit, Handelsrouten und Kolonien notfalls militärisch zu schützen.⁷²

⁶⁸ Advantages of free trade and mischief of the corn law and all monopolies, in: *The Leeds Mercury*, Nr. 5583, 19.12.1840.

⁶⁹ Anti-Corn Law League: *The League. The Exponent of the Principles of Free Trade*, Bd. 3, London 1846, S. 453f.

⁷⁰ Ebd.; siehe auch: Ebd., 371.

⁷¹ Lord Palmerston to Lord Auckland, 22.01.1841, in: Evans / Pledger 1967, Bd. 2, S. 187.

⁷² Rede von Sir Robert Peel am 14. Februar 1845, in: *Hansard* 3/77 1845, S. 467-469.

Als Peel im Februar 1846 schließlich seinen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Corn Laws ins Parlament einbrachte, fragte er die Abgeordneten, ob Großbritannien wirklich ein Land sei, „which can only flourish in the sickly artificial atmosphere of prohibition“⁷³, und begründete seine Kehrtwende damit, dass die britische Industrie vom Freihandel profitieren werde, indem weniger wettbewerbsfähige Staaten vom Markt gedrängt würden. Neapel, Sardinien, Preußen und die USA hätten bereits Schritte in Richtung Freihandel unternommen, und Großbritannien könne es sich nicht leisten, bei der Integration des Weltmarktes abseits zu stehen.⁷⁴

Die Argumentation dieser ersten Gruppe der Befürworter des Freihandels und ihrer Unterstützer wie Peel und Palmerston wird von Teilen der Forschungsdiskussion zur britischen Freihandelsgeschichte so eingeordnet, dass der Freihandel aus einer Kombination ökonomischer und imperialistischer Motive heraus als ideales Mittel gesehen wurde, Großbritannien und seiner Industrie zu einer weltbeherrschenden Stellung zu verhelfen. So geht der Historiker Peter Cain davon aus, dass die Idealisten unter den Freihändlern (hierzu zählt er unter anderem Cobden) den Sachverhalt überdecken, dass Politiker wie Peel oder Palmerston im Freihandel ein Mittel sahen, für Großbritannien politische und ökonomische Hegemonie zu erreichen. Außerdem habe sich der industrielle Kern der ACLL weder für das Schicksal der Armen noch für das der Kolonien interessiert und sei nur auf wirtschaftliche Vorteile bedacht gewesen.⁷⁵

In diesem Zusammenhang präsentiert Cain eine Tabelle, in der der Gesamtwert der britischen Exporte nach Weltregionen in Pfund aufgeführt ist, und zwar im Vergleich der Jahre 1816-1820 und 1838-1842. Cain möchte anhand der Tabelle zeigen, dass die außereuropäischen Absatzmärkte für Großbritannien auch schon vor der als Meilenstein geltenden Abschaffung der Kornzölle wichtiger als die europäischen Märkte waren.⁷⁶ Bedauerlicherweise interpretiert Cain die präsentierten Daten nicht ganz korrekt. Zwar stellt er richtigerweise fest, dass die *relative* Wachstumsrate der Exporte nach Asien (+ 132 %), Südamerika (+ 93 %) und Afrika (+ 325 %) viel größer war als die der Exporte nach Nordeuropa (+ 12 %) und Südeuropa (+ 30 %). Entscheidend sind jedoch die *absoluten* Wachstumswerte sowie die Bestandswerte. Das Wachstum lag mit einer Steigerung von insgesamt + 3,6 Mio. £ für Nord- und Südeuropa nur leicht unter den Werten für Asien (+ 4,5 Mio. £) und wesentlich höher als die für Afrika (+1,3 Mio. £) und Süd-

⁷³ Rede von Sir Robert Peel am 16. Februar 1846, In: Hansard 3/83 1846, S. 1041f.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Cain, Peter: Economic foundations of British overseas expansion 1815-1914 (Studies in economic and social history), London 1980, S. 19-21 und 40.

⁷⁶ Ebd., S. 42.

amerika (+ 2,6 Mio. £). Von einem *absoluten* Bedeutungsverlust der nicht-Kolonien für den britischen Außenhandel kann also kaum die Rede sein, zumal Europa und die USA auch im Jahr 1842 noch ganze 28,8 Mio. £ von insgesamt 50,5 Mio. £ Gesamtexportwert und damit 57 % der Exporte insgesamt abnahmen.⁷⁷ Die Tatsache, dass Großbritannien zahlreiche neue Kolonialgebiete unter seine Kontrolle brachte, diese aber in den 1840er Jahren noch längst nicht die ökonomische Bedeutung wie im späten 19. Jahrhundert hatten, spricht daher für die These, dass ökonomische Motive bei der Bildung des Empire bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts und zum Zeitpunkt der Abschaffung der Kornzölle keine entscheidende Rolle gespielt haben.

Ähnliche Auffassungen wie Cain vertreten auch die eingangs zitierten Autoren John Gallagher und Ronald Robinson sowie John Galbraith. Gallagher und Robinson lassen bereits mit der Wahl ihres Aufsatztitels keinen Zweifel daran aufkommen, wie sie den Freihandel einordnen: „The Imperialism of Free Trade“. Der Aufsatz gilt als einer der meistzitierten Aufsätze der Geschichtswissenschaft.⁷⁸ Die beiden Historiker legten den Fokus stark auf die informelle Herrschaft Großbritanniens über weite Teile Südamerikas und der Levante. Ziel der britischen Industriellen und ihrer politischen Unterstützer sei es gewesen, notfalls durch Gewalt große Absatzmärkte zu kontrollieren, ohne dabei die direkte Verwaltung des Gebiets tragen zu müssen. Aspekte der Gewinnmaximierung hätten dabei stets im Vordergrund gestanden.⁷⁹

John Galbraith untermauert diese Thesen, indem er die These des „Little England“ für die Mitte des 19. Jahrhunderts als „Mythos“⁸⁰ einstuft. Insbesondere das aggressive Vorgehen Großbritanniens gegen China im Rahmen des Opiumkrieges 1839-1842 sei der Beweis dafür, dass die Briten ihren ökonomischen Vorteil durch freien Handel rücksichtslos durchzusetzen versuchten.⁸¹ Noch deutlicher formuliert es Elie Halevy. Er wirft den Freihändlern in Bezug auf den Opiumkrieg Heuchelei vor: „The radical free traders, though so ready to denounce policies of military honour, were delighted with a victory [...] of commerce and, therefore, of civilization and peace.“⁸²

Diese Auffassungen wurden wiederum von Glenn Melancon stark in Zweifel gezogen. Die britische Industrie sei zwar stark gewachsen, 1839-1842 aber noch gar nicht in der Lage gewesen, alle Weltmärkte zu bedienen (siehe dazu meine Kritik an Cains Tabelle).

⁷⁷ Vgl. Ebd.

⁷⁸ Louis, Roger: *Historians I have known*, <http://www.historians.org/publications-and-directories/perspectives-on-history/may-2001/historians-i-have-known>, abgerufen am 22.08.2014.

⁷⁹ Gallagher / Robinson 1970, S. 149-156.

⁸⁰ Galbraith 1970, S. 34.

⁸¹ Ebd., S. 35.

⁸² Halevy, Elie: *A history of the English people in the 19th century*, Bd. 4, London 1951, S. 50.

Der Opiumkrieg müsse vielmehr wie andere Kriege auch als durch den politisch dominanten Landadel (der an Handel und Industrie kaum beteiligt gewesen sei) und dessen militärische Gesinnung ausgelöstes Ereignis gesehen werden und somit als Krieg aus politischen und nicht etwa wirtschaftlichen Motiven.⁸³ Ökonomische Gründe hätten vielmehr gegen den Krieg gesprochen, die entscheidenden Motive seien die Ehre des Adels und der Fortschritt der Militärkarrieren junger Adliger gewesen.⁸⁴

Alleine die sich auf ökonomische und imperialistische Motive konzentrierenden Analysen der britischen Freihandelspolitik zeigen also bereits konträre Interpretationen derselben. Es liegt für mich nahe, dass dies mit dem Verzicht auf eine Unterteilung der Befürworter des Freihandels wie in dieser Arbeit vorgenommen zusammenhängt. Insbesondere Halevys Position lässt erkennen, dass er auf eine solche Unterscheidung verschiedener Gruppen und somit auf wertvolles Analysepotential verzichtet hat. Seine analytische Vermischung ausgerechnet der Pazifisten mit den ökonomischen Imperialisten und somit zweier Gruppen, die kaum über Gemeinsamkeiten verfügten, verhindert eine differenzierte Betrachtung und wird so beiden Strömungen nicht gerecht.

Die zweite Gruppe der Befürworter bestand aus Aktivisten, die sich dafür einsetzten, durch günstigeres Getreide den ärmeren Schichten zu helfen, damit die entsprechenden Schichtangehörigen sich von dem gesparten Geld einen zumindest etwas erträglicheren Lebensstandard leisten konnten.

Im Februar 1840 berichtete die liberale Zeitung *The Morning Chronicle London* (bei der auch der sozialkritische Autor Charles Dickens beschäftigt war) von den ersten Versammlungen der ACLL in der Hauptstadt. Sie seien sehr gut besucht gewesen, und es sei erstaunlich, wie es die ACLL schaffe, Anhänger aus den unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten zu gewinnen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Zeitung nicht von den „Corn Laws“, sondern von einer „bread tax“,⁸⁵ also einer Brotsteuer spricht. Die Bezeichnung der Kornzölle als Brotsteuer lässt auf eine Adressierung an ärmere Bürger schließen, weil der Zollschutz der britischen Landwirtschaft Letztere vor internationalem Wettbewerb schützte und die Brotpreise folglich über dem angenommenen Weltmarktpreis lagen. Da die Wirkung von Zöllen allgemein in der künstlichen Überbrückung dieser Differenz zwischen inländischen und internationalen Preis liegt⁸⁶ und die Einnahmen aus dem Zoll darüber hinaus dem Staat zuflossen, ergab es also

⁸³ Melancon, Glenn: *Britain's China Policy and the Opium Crisis. Balancing Drugs, Violence and National Honour 1833-1840*, Aldershot / Burlington 2003, S. 2-5

⁸⁴ Ebd., S. 99.

⁸⁵ The Anti-Corn Law League, in: *The Morning Chronicle London*, Nr. 21914, 18.02.1840.

⁸⁶ Vgl. Mankiw 2001, S. 205.

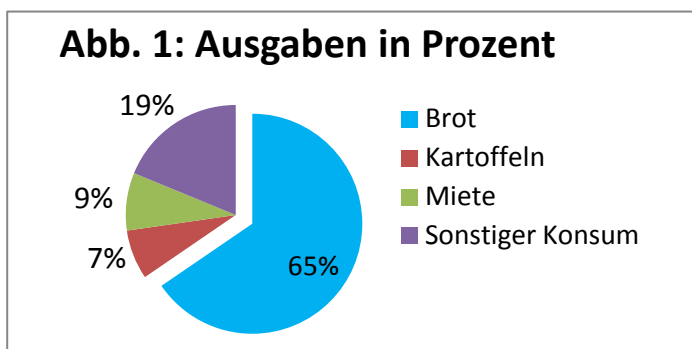
durchaus Sinn, die Kornzölle als Brotsteuer zu bezeichnen: Auf Kosten der Armen, so die Botschaft, ließen der Staat und der Landadel es sich gut gehen.

Um abschätzen zu können, welchen Einfluss der Getreide- bzw. der Brotpreis tatsächlich auf die Lebenshaltungskosten hatte, müssen wir den Anteil der Ausgaben eines Durchschnittshaushalts für Getreideprodukte in Relation setzen zu den Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben dieses Haushalts. Da sich die zeitgenössischen Politiker im Parlament und in der Regierung ganz ähnliche Fragen gestellt haben müssen, setzten sie mehrfach verschiedene Kommissionen ein, deren Arbeitsergebnisse heute als Archivadokumente verfügbar sind. In ihren „Reports of Special Assistant Poor Law Commissioners on the Employment of Women and Children in Agriculture“ stellten die Experten im Jahre 1843 fest, dass ein Großteil des Wochenlohns einer durchschnittlichen Landarbeiterfamilie für den Kauf von Getreideprodukten aufgewendet wurde.

Die im Bericht aufgeführte Familie bestand aus dem 42-jährigen Vater, der 40-jährigen Mutter sowie fünf Kindern (vier Jungen im Alter von zwölf, elf, acht und vier Jahren und ein Mädchen im Alter von sechs Jahren). Bis auf das Mädchen und den vierjährigen Jungen waren alle in der Landwirtschaft beschäftigt. Der Vater erhielt dabei einen Wochenlohn von neun Schilling, die Mutter von neun Pence. Der Zwölfjährige erhielt zwei Schilling, der Elfjährige und der Achtjährige erhielten jeweils einen Schilling. Das wöchentliche Gesamteinkommen der Familie betrug somit 13 Schilling und neun Pence.⁸⁷

Von diesen 13 Schilling und neun Pence gab die Familie laut Aussage der Mutter neun Schilling für Brot und einen Schilling für Kartoffeln aus. Auf die Miete entfielen ein Schilling und zwei Pence. Alle anderen Verbrauchsgüter (u.a. Tee, Zucker, Seife, Salz, Kohle, Holz und Butter) machten zwei Schilling und sieben Pence aus.⁸⁸

Drückt man diese absoluten Angaben in Prozent aus, so wird deutlich, dass die Familie rund zwei Drittel ihres Einkommens für Brot ausgab, für welches Weizen wiederum der mit Abstand wichtigste Rohstoff war.



Offizielle Zahlen wie diese gaben den sozialpolitisch orientierten Freihändlern reichlich Munition im Kampf gegen die Kornzölle. *The League* griff die Zahlen der Kommission

⁸⁷ Reports of Special Assistant poor law commissioners on the employment of women and children in agriculture, London 1843, S. 233.

⁸⁸ Ebd.

auf und formulierte darauf aufbauend eine Anklage gegen die Landbesitzer. Diese müssten entweder von ihren durch die Kornzölle hoch getriebenen Einnahmen in Form von höheren Löhnen mehr an ihre Landarbeiter abgeben, oder durch einen Verzicht auf den Zollschatz geringere Brotpreise für alle Arbeiter akzeptieren.⁸⁹ Auch an anderer Stelle werden den Landbesitzern Vorwürfe gemacht. So würde die Ernährung der Landarbeiter seit 70 Jahren von Jahr zu Jahr schlechter, obwohl die Produktivität des Bodens immer weiter ansteige.⁹⁰ In der abschließenden Parlamentsdebatte über die Abschaffung der Kornzölle 1846 sagte der den Freihandel unterstützende Abgeordnete John Russel, der nach dem Sturz von Peel neuer Premierminister wurde, verstärkte Importe würden nicht nur zu geringeren Preisen, sondern auch zu größerer Preisstabilität beitragen. Dies ermögliche allen Beteiligten, vom Produzenten bis zu den Verbrauchern der ärmeren Schichten, mehr Planungssicherheit.⁹¹

Hinzu kamen im Jahr 1845 erste Berichte über eine seltsame Kartoffelfäule in Irland, die die dortigen Ernten vernichtete. Die drohende Hungersnot stellte ein weiteres Argument der sozialpolitisch ausgerichteten Freihändler in der ACLL dar. *The League* argumentierte mit Blick auf die Situation in Irland, dass ein Ende des Zollschatzes für Getreide dabei helfen könne, zusätzliches Korn nach Irland zu bringen. Die aktuelle Lage sei hingegen dadurch gekennzeichnet, dass die Mangelware Getreide aus Irland sogar noch in die teureren englischen Märkte binnenexportiert werde, was die Lage weiter verschlimmere.⁹²

Die Betrachtung dieser zweiten Gruppe und ihrer Argumente für den Freihandel führt erwartungsgemäß und beinahe zwangsläufig zu einer Pluralisierung der Forschungsergebnisse. Grampp bemerkt zwar zu dieser Gruppe, dass sie nicht zu den einflussreichsten gehört haben dürfte.⁹³ Patrick O' Brien und Geoffrey Pigman gehen jedoch davon aus, dass der Brotpreis als sozialpolitisches Problem zusammen mit der seit 1845 wütenden Hungersnot in Irland einen erheblichen Einfluss auf die Entscheidung zur Abschaffung der Kornzölle gehabt haben dürfte. Eine britische Hegemonialstellung, widersprechen sie ihren Kollegen um Gallagher und Robinson, hätten die wichtigsten Akteure des Jahres 1846 nicht im Sinn gehabt.⁹⁴ Auch dürfte der britischen Politik bewusst

⁸⁹ Anti-Corn Law League: *The League. The Exponent of the Principles of Free Trade*, Bd. 2, London 1845, S. 101f.

⁹⁰ Ebd., S. 19.

⁹¹ Rede von John Russel am 15. Mai 1846, in: *Hansard* 3/86 1846, S. 685.

⁹² Anti-Corn Law League: 1846, S. 433f.

⁹³ Grampp 1987b, S. 252.

⁹⁴ O' Brien, Patrick / Pigman, Geoffrey: *Free trade, British hegemony and the international economic order in the nineteenth century*, in: *Review of International Studies* 18/2, 1992, S. 96.

gewesen sein, dass hohe Brotpreise im Jahr 1789 einer der Hauptgründe für die Französische Revolution waren. Dies, zusammen mit der Furcht vor revolutionären Terrorereignissen wie 1792-1794⁹⁵ könnte den Einfluss der sozialpolitischen Richtung innerhalb der ACLL auf die Politik ebenfalls gesteigert haben.

Bevor die dritte und vierte Gruppe der Freihandelsbefürworter analysiert werden, möchte ich zunächst den ersten beiden Gruppen ihre direkten Gegner, nämlich die Chartisten, gegenüberstellen. Die Chartisten haben gegen die Ideen beider Befürworter-Gruppen opponiert, wobei ich jedoch hinzufügen muss, dass eine Unterteilung der Befürworter für die zeitgenössischen Chartisten kaum eine Rolle spielte.

Das Verhältnis der Freihändler zur frühsozialistischen Chartistenbewegung stellte sich zunächst recht ambivalent dar. Die 1838 zeitgleich zur ACLL erstmals auftretenden Chartisten forderten unter anderem das volle geheime Wahlrecht für alle Männer ab 20 Jahren, Diäten für Abgeordnete und die Abschaffung der Besitzqualifikationen für selbige.⁹⁶

Obwohl die Stoßrichtung der Chartisten damit derjenigen der Freihändler entsprach (nämlich gegen die Interessen des Landadels gerichtet war), konnten sich beide Gruppierungen zu keinem Zeitpunkt für eine nachhaltige Kooperation entscheiden. Zur Frage, warum eine Kooperation nicht zustande kam, gibt es in der Forschungsdiskussion verschiedene Erklärungsansätze. Elie Halevy sieht ökonomische Interessengegensätze als entscheidend an. Die Chartisten, so Halevy, müssen die Forderungen des ökonomischen Flügels der ACLL so interpretiert haben, dass „the real object of the free traders [was] [...] not the improvement of the workers' lot but cheap labour“.⁹⁷

Tatsächlich lassen sich im Quellenmaterial Hinweise finden, dass Anhänger der Chartisten sinkende Brotpreise als Bedrohung sahen. In einem Leserbrief aus dem Jahr 1842, der identisch in mindestens zwei Zeitungen abgedruckt wurde (darunter in dem den Chartisten nahestehenden *Northern Star and Leeds General Advertiser*), formuliert der Verfasser seine Kritik an der ACLL. Freihandel mache keinen Unterschied für die Lebenshaltungskosten und Exportsteigerungen seien unwahrscheinlich, da andere Nationen vermutlich nur nach Großbritannien exportieren würden, ohne im Gegenzug zu importieren und somit Geld aus Großbritannien abfließen werde. Wohlfahrtssteigerungen und höhere Löhne für Arbeiter seien unwahrscheinlich, da die Auslandsnachfrage nach britischen Produkten nicht steigen werde. Am Ende laufe freier Handel bei Getreide

⁹⁵ Vgl. Rubinstein 1998, S. XI-XIII.

⁹⁶ London Working Men's Association: The Peoples Charter, London 1838.

⁹⁷ Halevy, Elie: A history of the English people in the 19th century, Bd. 3, London ²1950, S. 307.

darauf hinaus, dass die Löhne für Land- wie Industriearbeiter gleichermaßen sanken und die Arbeitgeber die Vorteile genossen.⁹⁸

Norman McCord schließt aus Beiträgen wie diesen auf mögliche Missverständnisse zwischen den sozialpolitisch ausgerichteten Freihändlern und den Chartisten. Er formuliert die These, dass selbst aufrichtige Annäherungsversuche der sozialpolitisch Engagierten in der ACLL an die Chartisten zum Scheitern verurteilt gewesen wären, denn die Argumente der rein ökonomisch orientierten Freihändlergruppe hätten zu einem hohen Maß an Misstrauen seitens der Chartisten geführt. Als Reaktion erfolgten häufige körperliche Angriffe von Chartisten auf ACLL-Redner.⁹⁹ Der Raum für mögliche Kooperation zwischen den beiden Gruppen sei dadurch verschlossen und die Gegnerschaft logisch gewesen. Für die Führung der ACLL sei es wiederum folgerichtig gewesen, sich von den Chartisten zu distanzieren und die Kampagne gegen die Corn Laws ohne deren Unterstützung fortzusetzen.¹⁰⁰

Die Chartisten hatten früh mit großen Problemen zu kämpfen. Beobachtung durch die Polizei, unkoordinierte Aktionen, militante Abweichler und Finanzprobleme machten der Organisation das Leben schwer. Bereits Ende 1839 saß ein Großteil ihrer Führung im Gefängnis. Dies führte dazu, dass der Einfluss der Chartisten bestenfalls in der frühen Phase der Agitation gegen die Corn Laws (1838-1839) nennenswert war. Spätestens 1846 waren die Chartisten jedoch keine bedeutende politische Gruppierung mehr, und die wenigen öffentlichen Äußerungen – wie der Leserbrief von 1842 – gingen in der Debatte oftmals unter.¹⁰¹

Während der Einfluss der Chartisten auf die Debatte um den Freihandel nach 1839 begrenzt blieb, spielte die dritte Gruppe der Freihändler, nämlich die der Pazifisten, eine immer größere Rolle. Einen erheblichen Anteil daran hatte der Mann, dessen vielleicht bekanntestes Zitat am Beginn dieser Arbeit aufgeführt ist: Richard Cobden. Cobden wurde 1804 als Sohn eines armen Landpächters geboren. Nach einer Ausbildung zum Kaufmann in London eröffnete Cobden 1831 eine Baumwollfabrik in Lancashire.¹⁰² Geprägt durch seine fromme Erziehung und seine zahlreichen Reisen entwickelte Cobden früh ein für Industrielle recht untypisches Gerechtigkeitsempfinden. Sein Idealismus, seine Hinwendung zum Pazifismus, die Ablehnung alles Militärischen und das

⁹⁸ Smith, Thomas (Leserbrief): The Anti-Corn Law League and free trade, in: The Northern Star and Leeds General Advertiser, Nr. 254, 24.09.1842 und Caledonian Mercury, Nr. 19141, 29.09.1842.

⁹⁹ Anti-Corn Law League 1846, S. 309.

¹⁰⁰ McCord 1975, S. 78; S. 115.

¹⁰¹ Halevy 1950, S. 328.

¹⁰² Hinde, Wendy: Richard Cobden. A Victorian Outsider, New Haven / London 1987, S. 1-15.

Ziel, breite Massen der Bevölkerung am Wohlstand teilhaben zu lassen, waren die Gründe, warum er sich ab 1838 sehr engagiert in die Debatten um den Freihandel einschaltete und schnell zu einem der führenden Akteure der ACLL wurde.¹⁰³

Zwar interessierte Cobden sich sehr für die ökonomischen und sozialen Ziele der ACLL, doch war es auch sein Ziel, durch möglichst freien Handel die verschiedenen Nationen so eng aneinander zu binden, dass die daraus entstehenden gegenseitigen Abhängigkeiten Kriege zwischen souveränen Staaten geradezu unmöglich machten.

Besonders deutlich wird diese Position aus einem frühen Manuskript Cobdens aus dem Jahre 1835. Dort heißt es: „The middle and industrious classes of England can have no interest apart from the preservation of peace. The honours, the fame, the emoluments of war belong not to them; the battle-plain is the harvest-field of the aristocracy, watered with the blood of the people.“¹⁰⁴ Cobden verband also pazifistische mit innenpolitischen Zielen, indem er nicht nur den Krieg geißelte, sondern auch deutlich machte, wie der Adel auf Kosten der anderen Schichten vom Krieg profitierte. Aus seinen pazifistischen Ansichten leitete Cobden auch einen speziellen Isolationismus ab. Von vielen anderen Isolationisten unterschied sich Cobden dadurch, dass ihm das Schicksal anderer Staaten nicht einfach gleichgültig war. Er war lediglich der Ansicht, dass humanitäre Verbrechen gerade durch Interventionen von außen befeuert würden. Nicht zu intervenieren bedeute nicht, die Einwohner des betroffenen Staates im Stich zu lassen. Vielmehr könne ein Staat nur dann eine friedliche Entwicklung nehmen, wenn sich die Mehrheit seiner Bevölkerung im Klaren darüber sei, dass Veränderungen von innen heraus gefördert werden müssten. Großbritannien sei dafür das beste Beispiel, da es auch ohne ausländische Interventionen einen hohen Grad an Freiheit und wirtschaftlicher Stärke erreicht habe.¹⁰⁵

Neben Interventionen in Krisengebieten befassten sich Cobden und die ACLL auch mit den aus ihrer Sicht fadenscheinigen Argumenten für eine Aufrüstung der Flotte zum Schutz der Handelsrouten. Für Cobden war die Lage klar: Weder brauche man Kriegsschiffe, um sich gegen Flotten anderer Staaten zu wehren, da man ja mit eben diesen Staaten handeln möchte. Noch seien Piraten eine große Bedrohung, da ihre Zahl ständig

¹⁰³ Vgl. Ebd., S. 70.

¹⁰⁴ Cobden, Richard: England, Ireland and America (1835), in: Ders (Hg.): The political writings of Richard Cobden, Bd. 1, London ⁴1903, S. 34.

¹⁰⁵ Ebd., S. 35f.

sinke und immer mehr Küstenabschnitte von durchsetzungsfähigen Staaten kontrolliert würden, was den Piraten die Rückzugsräume und Operationsbasen nehme.¹⁰⁶

Auch der gewaltsamen Kolonisierung fremder Staaten stand Cobden kritisch gegenüber. In Bezug auf die frühere Kolonie USA sagte Cobden im Jahr 1849, Großbritannien solle sich glücklich schätzen, die USA in die Unabhängigkeit entlassen zu haben. Wären die USA weiterhin „the aristocracy[s] [...] field of patronage for their younger sons“,¹⁰⁷ würde der Handel mit ihnen nur einen Bruchteil dessen betragen, was im Jahr der Rede tatsächlich erreicht wurde.¹⁰⁸

Cobdens Argumentation wurde von der ACLL übernommen. *The League* schrieb 1846, die gegenwärtigen Spannungen zwischen den USA und Großbritannien würden anders als 1812 nicht zum Krieg führen, da beide Staaten mittlerweile durch ihren Handel so eng miteinander verbunden seien, dass ein Krieg letztlich beiden Seiten mehr schade als nutze.¹⁰⁹ In der Rezension eines Buches über den Opiumkrieg gegen China schrieb das ACLL-Blatt im Jahr zuvor, dem Autor gelinge es vortrefflich, den friedlichen Charakter der Chinesen herauszustellen. Der Opiumkrieg wird als „mere repetition of slaughter rather than of fighting“¹¹⁰ bezeichnet. Man könne nur hoffen, so der Rezensent, dass beide Staaten voneinander lernten und dass die britische Seite ihren Handelspartnern faire Bedingungen ermögliche.¹¹¹

In der Forschungsdiskussion wird diese dritte Gruppe der Freihändler oftmals als direktes Gegenstück zur ersten Gruppe gesehen. In seinem als Gegenthese zu Gallagher und Robinson verfasstem Aufsatz „The Anti-Imperialism of Free Trade“ bedauert Oliver MacDonagh, dass seine Kollegen den Staat Großbritannien nur als monolithische Einheit betrachtet hätten, anstatt auf die unterschiedlichen Interessengruppen und Gesinnungen seiner heterogenen Bevölkerung einzugehen.¹¹² Cobden und seine Gesinnungsgenossen hätten durch ihre Reden wie durch ihre Handlungen gezeigt, dass der Freihandel bei weitem nicht nur aufgrund ökonomischer oder gar imperialistischer Motive gefördert worden sei. Im Gegenteil, es sei das Ziel Cobdens und weiter Teile der ACLL gewesen, den militaristischen und bellizistischen Landadel zurückzudrängen, um so langfristig Frieden zwischen den Nationen zu sichern. Da Cobden wiederum der ein-

¹⁰⁶ Cobden, Richard: *Russia* (1836), in: Ders (Hg.): *The political writings of Richard Cobden*, Bd. 1, London 1903, S. 217f.

¹⁰⁷ Cobden, Richard: *Speech on Finance at Manchester on 10th January 1849*, in: Evans / Pledger 1967, Bd. 2, S. 200.

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ *Anti-Corn Law League* 1846, S. 402.

¹¹⁰ *Anti-Corn Law League* 1845, S. 27.

¹¹¹ Ebd.

¹¹² MacDonagh 1970, S. 165; S. 168f.

flussreichste Freihändler seiner Zeit gewesen sei, könnten ökonomisch-imperialistische Motive, anders als Gallagher und Robinson glaubten, gar keine entscheidende Rolle bei der Abschaffung der Corn Laws gespielt haben¹¹³

MacDonagh unterstreicht seine These, indem er eine Reihe außenpolitischer Debattenbeiträge ehemaliger ACLL-Mitglieder aus der Zeit nach der Abschaffung der Kornzölle und Auflösung der ACLL im Jahr 1846 hervorhebt. So sei insbesondere Cobden von der kriegerischen Außenpolitik des ab 1846 amtierenden Außenministers Palmerston schockiert gewesen und habe sich durch die Ablehnung der britischen Angriffe auf Borneo, Indien und Teile Südostasiens ein klares pazifistisches Profil erhalten.¹¹⁴ Durch seinen Pazifismus sowie seinen Einsatz für die Interessen ärmerer Bevölkerungsschichten habe Cobden darüber hinaus die Grundlage nicht nur für einen erneuerten Liberalismus, sondern auch für die Anfänge der Sozialdemokratie gelegt.¹¹⁵

Unterstützt werden die Aussagen MacDonaghs von Edward Stringham. Stringham betont in seinem normativ angelegten Aufsatz, dass Cobdens Logik des Zusammenspiels von Frieden und freien Märkten für politische Entscheidungsträger eine wichtige Lektion sei: „As he [Cobden] demonstrated, the advocate of markets must be an advocate of peace“.¹¹⁶ Er stimmt Cobden zu, dass Kriege lediglich einer kleinen (persönlich meist nicht beteiligten) Gruppe an Menschen dienen, während weite Teile der Bevölkerung aller Kriegsparteien leiden. Hinzu komme, dass das Geld, welches für das Militär aufgewendet werde, besser produktiv eingesetzt werden könne, etwa durch Investitionen in Bildung oder Infrastruktur.¹¹⁷

Stringham stimmt ebenso mit Cobden überein, wenn es um Interventionen aus humanitären Gründen geht. Cobden sei es völlig zu Recht bewusst gewesen, dass gut gemeinte Interventionen zum Scheitern verurteilt wären, wenn nicht zugleich Bildung und Aufklärung in dem betroffenen Staat gefördert würden; etwas, was zur damaligen Zeit fast immer unterlassen wurde.¹¹⁸

Die Cobden-Biografin Wendy Hinde betont, wie stark sich Cobden auch nach der Abschaffung der Kornzölle und der Auflösung der ACLL für sein Ziel des Friedens durch Freihandel engagierte. Nicht nur bereiste Cobden fast ganz Europa, um für seine Sache

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Ebd., S. 171-176.

¹¹⁵ Ebd., S. 178f.

¹¹⁶ Stringham, Edward; Commerce, Markets and Peace. Richard Cobdens Enduring Lessons, in: The Independent Review 9/1, 2004, S. 106.

¹¹⁷ Ebd., S. 107-110.

¹¹⁸ Vgl. Ebd., S. 114f.

zu werben,¹¹⁹ sondern er verhandelte als britischer Chefunterhändler auch den nach ihm benannten Freihandelsvertrag mit Frankreich, den Cobden-Chevalier-Vertrag. Dass Cobden von der britischen Regierung mit der Verhandlungsführung beauftragt wurde, zeige den großen Einfluss der pazifistischen Strömung innerhalb der Freihandelsbewegung. Für Cobden selbst, so Hinde, sei auch hier das Ziel gewesen, zwischen den beiden einstigen Erzrivalen dauerhaften Frieden zu schaffen.¹²⁰

Die vierte und letzte Gruppe unter den Befürwortern des Freihandels stellen die so genannten Mittelklasseaktivisten dar. Zugleich handelt es sich hierbei um die Gruppe, die die stärksten Schnittmengen zu anderen Gruppen aufwies, namentlich zur Gruppe der sozialpolitisch Orientierten und zur Gruppe der Pazifisten. Dies lag vor allem an der thematischen Nähe der Forderungen: Günstigeres Brot für die Armen, wie von den Sozialpolitikern gefordert, passte gut zur Forderung der Mittelklasseaktivisten nach mehr politischer Teilhabe für die nicht-adeligen Schichten. Ebenso gut ließen sich die Einschränkung der politischen Dominanz des Adels mit pazifistischen Elementen verbinden, da der Adel auch einen Großteil des Offizierskorps stellte.

Führende Persönlichkeit der Mittelklasseaktivisten war John Bright, der mit Richard Cobden eng befreundet war. Dies war auch einer der Gründe, warum die beiden Gruppen die Argumente der jeweils anderen gerne übernahmen und oft kooperierten.¹²¹ Neben seiner Freundschaft zu Cobden zeichnete sich Bright durch rhetorisches Geschick und Schlagfertigkeit aus. Sein Zeitgenosse Thorold Rogers hielt ihm zugute, demokratische Reformen vorangetrieben, die Macht des Adels reduziert und sich dadurch zu einer führenden zeitgenössischen Persönlichkeit entwickelt zu haben.¹²²

John Bright verglich bei diversen Reden die Situation der britischen Arbeiter- und Mittelklasse mit derjenigen der Sklaven bis zur Abschaffung der Sklaverei. Was die Sklaverei für die Schwarzen gewesen sei, seien die Corn Laws für die Arbeiter, nämlich die Verhinderung politischer Rechte und die Grundlage für wirtschaftliche Ausbeutung.¹²³ Auch sein ACLL-Kollege George Strickland zog auf einer Konferenz in Preston 1843 Parallelen zwischen den Corn Laws und der Sklaverei. Für ihn sei klar, dass nur die öffentliche Agitation einer erstarkten Mittelschicht gegen die Kornzölle – ebenso wie einst gegen die Sklaverei – eine Abschaffung der Kornzölle ermögliche, da die etablier-

¹¹⁹ Hinde 1987, S. 172-180.

¹²⁰ Ebd., S. 284-302.

¹²¹ Ebd., S. 45.

¹²² Thorold, Rogers: Preface to „The Speeches of John Bright“ (1869), in: Evans / Pledger 1967, Bd. 1, S. 51f.

¹²³ Free trade and Anti-Corn Law meeting, in: The Derby Mercury, Nr. 5764, 14.12.1842.

te Politik der Tories und des Landadels wirksame Reformen verhinderten.¹²⁴ Während Cobden zeitgleich zu Strickland in Glasgow vom Stadtrat die Ehrenbürgerschaft entgegennahm und in seiner Dankesrede von der Abschaffung der Kornzölle als einer Frage „which affected all classes“¹²⁵ sprach, versuchte Bright, die Forderung nach vollem Wahlrecht für alle Männer mit pazifistischen Elementen zu verbinden.¹²⁶

Ein Jahr später ging Bright noch einen Schritt weiter, indem er seine Zuhörer aufforderte, den Kampf gegen die Kornzölle nicht nur zugunsten der wirtschaftlichen und politischen Teilhabe der Arbeiter zu führen, sondern auch die gesamte Menschheit in den Blick zu nehmen. Gelingt es in Großbritannien, die politische und ökonomische Macht des Adels zu brechen, so könne dies eine Signalwirkung auf andere Staaten haben.¹²⁷

Flankiert wurden die rhetorischen Bemühungen der Mittelklasseaktivisten in der ACLL von gezielten Maßnahmen, den Einfluss von Wählern aus der Mittelschicht auch ohne Änderung der Wahlrechtsgesetze zu erhöhen. Der bekannteste Fall ereignete sich im Jahr 1841, als die ACLL mit massiven Finanzmitteln einen liberalen Kandidaten im Wahlkreis Walsall unterstützte und schließlich verlor. *The Liverpool Mercury* verteidigte das Vorgehen der Freihändler und behauptete, der Nachweis einer direkten Finanzierung des Kandidaten durch die ACLL könne nicht erbracht werden.¹²⁸

Zu noch rabiateren Methoden griff die ACLL in den Folgejahren. Halevy sieht es als erwiesen an, dass etwa Stimmenkäufe der ACLL zwar nicht illegal, aber moralisch zwielichtig gewesen seien, obwohl die ACLL lediglich die Methoden der Tories kopierte.¹²⁹ Insgesamt konzentriert sich die Forschung auf die Frage, ob die Ziele der Mittelklasseaktivisten in der ACLL durch ihre Methoden in Verruf geraten seien. McCord widerspricht Halevy, indem er davor warnt, die idealistischen Ziele dieser Gruppe durch eine Überbetonung ihrer trickreichen und halblegalen Methoden in den Hintergrund treten zu lassen.¹³⁰ Simon Morgan sieht in den Auftritten und Methoden der Mittelklasseaktivisten nicht nur den ehrlichen Wunsch nach politischer Beteiligung für breite Bevölkerungsschichten, sondern auch eine taktisch notwendige Reaktion auf die Feindseligkeit der Chartisten. Die ACLL sei auch zu einer Art Wegbereiter für spätere Mittelklasse-Bürgerbewegungen geworden, da letztere die Methoden und Formate der ACLL

¹²⁴ Anti-Corn Law Tea Party, in: Preston Chronicle, Nr. 1585, 14.01.1843.

¹²⁵ Freedom of the city of Glasgow to Richard Cobden, ESQ., in: Caledonian Mercury, Nr. 19187, 14.01.1843.

¹²⁶ John Bright for Durham, in: The Manchester Times and Gazette, Nr. 772, 22.07.1843.

¹²⁷ The League 1845, S. 69.

¹²⁸ Walsall and The Anti-Corn Law League, in: The Liverpool Mercury, Nr. 5591, 13.02.1841.

¹²⁹ Halevy 1951, S. 110f.

¹³⁰ Vgl. McCord 1975, S. 33.

(Lesungen, Reden, Petitionen, Zeitschriftenartikel etc.) übernahmen, um politischen Einfluss durch und für die Mittelklasse zu gewinnen.¹³¹ Für Grampp stellt der der Mittelklasse angehörige Teil der ACLL zusammen mit den Pazifisten die einflussreichste Gruppierung innerhalb der Freihandelsbewegung dar.¹³²

Bevor ich jedoch zur abschließenden und zusammenfassenden Bewertung der verschiedenen Gruppen, ihrer Motive und ihres Einflusses komme, soll nun zunächst die zweite und letzte Gruppe der Freihandelsgegner analysiert werden. Diese Gruppe bestand aus den Vertretern der „landed interest“ Großbritanniens, also des alteingesessenen Landadels. Sie befürchtete durch den Freihandel sowohl wirtschaftliche als auch machtpolitische Einbußen. Durch die Analyse der Argumente und des Einflusses dieser politisch dominanten Gruppe erhoffe ich mir Rückschlüsse darauf, wessen Interessen zum Trotz die Kornzölle 1846 abgeschafft wurden.

Zunächst ist festzustellen, dass zur Zeit der Einführung der Corn Laws 1815 der Landadel seine beherrschende Stellung im Unter- wie Oberhaus dazu nutzte, seine ökonomischen Interessen abzusichern (vgl. auch Kapitel 2.1). Zwar stellten Großgrundbesitzer nach dem Reform Act von 1832 nicht mehr die Mehrheit im Parlament, aber als starke Minderheit konnten sie sich trotzdem Gehör verschaffen.¹³³

Die dem Landadel nahestehende Zeitung *The Hull Packet* druckte 1842 einen Artikel ab, der den Freihändlern vorwarf, auf Kosten des Gemeinwohls revolutionäre Tendenzen zu verbreiten. Den Industriellen wurde vorgehalten, ihre Arbeiter zu belügen, da Erstere in Wirklichkeit keine niedrigeren Brotpreise, sondern niedrigere Löhne im Sinn hätten. Die Zeitung schloss mit dem Fazit: „[The] shouts of ‚cheap corn‘ and ‚give us bread‘ [...] make [...] the blood of honest men boil to think of such knavery.“¹³⁴ Eine ähnliche Argumentation lieferte *The Derby Mercury*: „Cheap bread is the leaguers cry – low wages their object.“¹³⁵ Ebenso auffällig ist die Selbstdefinition der „landed interest“ als „The stanch support, immoveable pillar of church and state – the impregnable barrier against democratic ascendancy.“¹³⁶ Ganz offen und ohne Ironie wird zugegeben, demo-

¹³¹ Morgan, Simon: The Anti-Corn Law League and British Anti-Slavery in transatlantic perspective 1838-1846, in: *The Historical Journal* 52/1, 2009, S. 90.

¹³² Grampp 1987b, S. 252.

¹³³ Vgl. Maurer 2007, S. 361.

¹³⁴ Conduct and objects of the Anti-Corn Law League, in: *The Hull Packet*, Nr. 2983, 18.02.1842.

¹³⁵ Agriculture and manufactures. Corn Law and free trade, in: *The Derby Mercury*, Nr. 5724, 23.03.1842.

¹³⁶ Ebd.

kratische Tendenzen zu bekämpfen. Hinzu kommt der Vorwurf der Bigotterie an die Industriellen, da deren Produkte selbst durch Zölle geschützt würden.¹³⁷

Diese Mischung aus ökonomischen und politischen Argumenten gegen den Freihandel findet sich auch in den Beiträgen adeliger bzw. konservativer Abgeordneter während der Abschlussdebatte des Jahres 1846 wieder. Ebenso wie die beiden Zeitungen bezichtigte auch der Abgeordnete John Bennet die ACLL der Verlogenheit, da die Freihändler zwar die Abschaffung der Kornzölle, nicht jedoch der Schutzzölle auf Manufakturwaren forderten (zu den Schutzzöllen auf Manufakturwaren siehe Kapitel 3).¹³⁸

Sir Burrbll warnte vor den ökonomischen Folgen einer Abschaffung der Corn Laws, da er sinkende Löhne in der Agrarwirtschaft befürchtete. Außerdem könne der Freihandel die Situation in Irland nicht verbessern, da Irland weniger unter einer zu geringen Getreideproduktion leide als unter der Tatsache, dass große Mengen desselben nach England gebracht würden. Statt eines verstärkten Importes nach Irland bedürfte es stattdessen eines Verbotes des Binnenexportes nach England.¹³⁹

Ein aus der Debatte von 1815 bekanntes, eher politisches Argument war die drohende Abhängigkeit des Inselstaates vom Ausland, falls die Kornzölle fielen. Der Marquess of Granby und sein Tory-Kollege George Hudson betonten die Wichtigkeit inländischer Agrarkapazitäten. Vor allem im Kriegsfall brauche Großbritannien selbst hergestelltes Getreide, um nicht von Lieferungen unzuverlässiger Verbündeter oder gar feindseliger Nationen abhängig zu sein.¹⁴⁰

Neben diesen sachorientierten Beiträgen gab es auch heftige Angriffe auf die ACLL und ihr Verhalten. Der Abgeordnete Edward Cayley formulierte etwa, dass das Gemeinwohl nicht vom Schicksal Cobdens und der Industriellen aus dem Raum Manchester abhing, sondern von der Mehrheit der Landlords und ihrer Pächter. Er beklagte auch den aus seiner Sicht schädlichen Einfluss der ACLL.¹⁴¹ Dieselbe Argumentation brachte George Palmer ein. Die Gemeininteressen Großbritanniens deckten sich mit denen der Landwirte, da diese die wichtigsten Arbeitgeber und die staatstragende Klasse seien. Dass sich im Jahr 1846 eine Mehrheit unter den Abgeordneten für eine Abschaffung der Corn Laws anbahnte, war für ihn ein Zeichen von Staatsversagen. Er sah einen der Gründe

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Rede von John Bennet am 12. Mai 1846, in: Hansard 3/86 1846, S. 435-438.

¹³⁹ Rede von Sir Burrbll am 08. Mai 1846, in: Hansard 3/86 1846, S. 226f.

¹⁴⁰ Rede des Marquess of Granby am 11. Mai 1846, in: Hansard 3/86 1846, S. 330f. sowie Rede von George Hudson am 15. Mai 1846, in: Hansard 3/86 1846, S. 632f.

¹⁴¹ Rede von Edward Cayley am 11. Mai 1846, in: Hansard 3/86 1846, S. 295.

dafür in der von der ACLL beeinflussten öffentlichen Meinung, der sich die Regierung Peel nun beugen würde.¹⁴²

Es fällt auf, dass während der Debatte am Abstimmungstag, dem 15. Mai 1846, fast ausschließlich Redner das Wort ergriffen, die gegen die Abschaffung der Kornzölle waren. Würde man das Abstimmungsergebnis nicht kennen (329 zu 231 für die Abschaffung),¹⁴³ so bekäme man den Eindruck einer starken Front zugunsten einer Beibehaltung der Corn Laws.

Doch dieser Eindruck täuscht. Richard Cobden und John Bright, beide Mitglieder des Unterhauses, hätten die Gelegenheit gehabt, auch am Abstimmungstag noch einmal für ihre Position zu werben. Es gibt meiner Interpretation nach zwei Gründe, warum sie darauf verzichteten. Erstens wurde im Jahr 1846 über eine Vorlage der Regierung abgestimmt, anders als bei den fast gleichlautenden Vorlagen bis 1845, die vom einfachen Abgeordneten Villiers eingebracht wurden. Somit bestand auch für konservative Abgeordnete, die für die Kornzölle waren, ein Anreiz, für deren Abschaffung zu stimmen, um die eigene Regierung nicht zu gefährden – dass Peel kurze Zeit später trotzdem zurücktrat, konnten diese Abgeordneten nicht vorhersehen. Zweitens war sich die ACLL sicher, die Mehrheit auf ihrer Seite zu haben. Nicht nur *The League* berichtete von der Debattenmüdigkeit der Protektionisten.¹⁴⁴ Auch Cobden sah bereits im März 1846 die Reihen seiner Gegner als „broken, dispirited, and without leaders“¹⁴⁵ an.

Im Oberhaus, in welchem logischerweise noch mehr Adelige einen Sitz hatten als im Unterhaus, sorgten sich ebenso wie im Unterhaus konservative Politiker um die Stabilität der Regierung. Der Duke of Wellington sah sogar die Gefahr einer Staatskrise, verbunden mit massiven Protesten der Bevölkerung, einem Kompetenzstreit zwischen Unterhaus, Oberhaus und Krone und einem Machtverlust des Oberhauses: „[if] the connection with the crown and the House of Commons is [...] [cut], there is an end of the functions of the House of Lords“.¹⁴⁶ Am 25. Juni 1846 stimmte auch das Oberhaus schließlich der Abschaffung der Corn Laws zu.¹⁴⁷

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet der Mann, dessen Sieg bei Waterloo 1815 die Einführung der Kornzölle erst ermöglichte, nun zu den entschiedensten Befürwortern ihrer Abschaffung gehörte; wenn auch nicht aus ideologischen, son-

¹⁴² Rede von George Palmer am 12. Mai 1846, in: Hansard 3/86 1846, S. 433.

¹⁴³ Hansard 3/86 1846, S. 728.

¹⁴⁴ Anti-Corn Law League 1846, S. 346.

¹⁴⁵ Rede von Richard Cobden am 03. März 1846, in: Hansard 3/84 1846, S. 564.

¹⁴⁶ Rede von Lord Wellington am 28. Mai 1846, in: Hansard 3/86 1846, S. 1404.

¹⁴⁷ Hansard 3/87 1846, S. 959.

dern aus machttaktischen Gründen. Die Abschaffung wurde im Importation Act 1846 festgeschrieben. Sie sah vor, bis 1849 nur noch eine Bearbeitungsgebühr von einem Schilling pro Quarter zu erheben und keine Zölle mehr zu einzutreiben.¹⁴⁸

Während *The Derby Mercury* der Regierung Peel Totalversagen vorwarf und alle Konservativen zur Geschlossenheit aufrief,¹⁴⁹ feierte *The League* den Sieg der ACLL nach siebenjähriger Agitation mit der Schlagzeile „Victory! Our work is done.“¹⁵⁰ Wenig später sprach das Blatt sogar von der ersten großen friedlichen Revolution der Menschheitsgeschichte.¹⁵¹

Fest steht, dass die Entscheidung zur Abschaffung der Corn Laws nicht nur eine 31-jährige Periode des Zollschutzes der britischen Landwirtschaft beendete, sondern auch einen Meilenstein auf dem Weg zum internationalen Freihandel darstellte. Doch welche Gruppe, welche Motive hatten letztlich den größten Einfluss auf diese Entscheidung? Für viele Zeitgenossen, insbesondere auch die ACLL selbst, war die Antwort auf die Frage eindeutig: Richard Cobden sei es gewesen, der mit seinem rhetorischen Talent, seinem Idealismus und seiner Ausdauer die ACLL zum Sieg geführt habe.¹⁵² Sogar der scheidende Premierminister Peel, der aufgrund innerparteilichen Streits zurücktrat, fand in seiner Abschlussrede im Unterhaus äußerst wohlwollende Worte für seinen einstigen Rivalen Richard Cobden:

„But the name which ought to be associated with the success of those measures is not the name of the noble Lord, [...] the party [...] leader, nor is it mine. The name [...] is the name of Richard Cobden.“¹⁵³

Die in dieser Arbeit vorgenommene umfangreiche Analyse zeigt ein differenzierteres Bild. Die Abwägung der Motive, der Interessen und des Einflusses vierer Befürworter- und zweier Gegnergruppen führt zu einem komplexen Bild, dessen eindeutige Interpretation mitunter schwierig ist. Getreidepreise oder Importmengen lassen sich in Pfund und Schilling, in Quarter oder Prozent exakt messen. Für politischen Einfluss gilt dies nicht. Trotzdem erlauben die in der Analyse hervorgebrachten Indizien zumindest eine Einschätzung darüber, wessen Motive, Interessen und Einfluss im Jahr 1846 den Ausschlag gegeben haben, die Corn Laws abzuschaffen.

¹⁴⁸ Importation Act 1846, 9&10 Vict. C. 22.

¹⁴⁹ Famine the Phantom! Free corn the law! Free trade the fiction!, in: *The Derby Mercury*, Nr. 5949, 15.07.1846.

¹⁵⁰ *Anti-Corn Law League* 1846, S. 657.

¹⁵¹ Ebd., S. 673.

¹⁵² Grand national tribute to Richard Cobden, ESQ., in: *Daily News*, Nr. 30, 04.07.1846; Richard Cobden, in: *The Manchester Times and Gazette*, Nr. 924, 03.07.1845.

¹⁵³ Rede von Robert Peel am 29. Juni 1846, in: *Hansard* 3/87 1846, S. 1054.

Demnach gehe ich davon aus, dass die einflussreichsten Gruppierungen die sozialpolitisch Orientierten und die Mittelklasseaktivisten waren. Erheblichen Einfluss auf die Politik dürfte auch die pazifistische Gruppe gehabt haben, allerdings weniger aufgrund ihrer Forderungen nach Frieden, sondern mehr aufgrund der Persönlichkeit Richard Cobdens. Kaum Einfluss hatte hingegen diejenige Gruppe, die den Freihandel aus ökonomischen, teilweise auch imperialistischen Motiven heraus befürwortete.

Welche Indizien bringen mich zu dieser Schlussfolgerung? Die Analyse hat gezeigt, dass Großbritannien im Jahre 1846 noch gar nicht in der Lage war, sämtliche Weltmärkte zu bedienen. Die wichtigsten Absatzmärkte waren Europa und die USA. Erst im weiteren Verlauf des Jahrhunderts gewannen Märkte wie Indien, Lateinamerika und Afrika an Bedeutung, doch konnte man diese Entwicklung im Jahre 1846 kaum abschätzen – ebenso wenig wie sich heutzutage aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen zuverlässig abschätzen lassen. Gleichzeitig gewann Großbritannien, dem von John Galbraith identifizierten Mythos des „Little Englands“ zum Trotz, auch ohne wirtschaftliche Notwendigkeit neue Kolonien hinzu, oder machte souveräne Staaten wie China zu abhängigen Beinahe-Kolonien. Wie Melancon und MacDonagh schlüssig argumentieren, hing dies mit dem militärischen Expansionswillen des Adels und nicht mit der aggressiven Durchsetzung des Prinzips freien Handels zusammen.

Paul Kennedy bietet eine weitere Auflösung des Rätsels um das Zusammenwirken von Freihandel und Imperialismus an: Angelehnt an MacDonagh formuliert Kennedy, imperialistische Bestrebungen konnten nicht nur von der Zentralregierung in London aus betrieben worden sein. Übereifrige Siedler, abenteuerlustige Kapitäne und gewinnsüchtige Goldsucher hätten oft als Individuen gehandelt und durch ihr Verhalten die britische Regierung gelegentlich schlicht zum Eingreifen gezwungen.¹⁵⁴

Wesentlichen Einfluss auf die Entscheidung zum Freihandel mussten jedoch soziale Probleme gehabt haben. Die Hungersnot in Irland wütete seit einem Jahr, diesem Fakt konnte kein britischer Politiker entgehen. Ebenso augenfällig war es, dass die britische Bevölkerung auch in Zeiten ohne Kriege oder Hungerkatastrophen unter heftigen Preisschwankungen bei Getreide litt und einen Großteil ihres Einkommens für Grundnahrungsmittel aufwendete.

Hinzu kam die mächtiger werdende Mittelschicht, die ebenso wie viele Arbeiter und die Reste der Chartistenbewegung eine größere politische Teilhabe forderte. Diese sozialen und innenpolitischen Gründe, zusammen mit der starken moralphilosophischen und

¹⁵⁴ Kennedy, Paul: *Continuity and Discontinuity in British Imperialism 1815-1914*, in: Colin Eldridge (Hg.): *British Imperialism in the 19th Century*, London / Basingstoke 1984, S. 26-29.

pazifistischen Rhetorik von Akteuren wie Cobden und Bright, einem hohen öffentlichen Druck und den spürbaren Auswirkungen der effektiven Propagandamaschinerie der ACLL, müssen die Regierung Peel und die Mehrheit der Abgeordneten – siehe exemplarisch Wellingtons Warnung vor einer Staatskrise – dazu bewogen haben, der Abschaffung der Corn Laws im Jahr 1846 schließlich zuzustimmen.

Auch O' Brien und Pigman betonen die letztlich entscheidende Kombination aus innenpolitischem Druck der Mittelklasse, der Hungersnot in Irland und den Risiken größerer Preisschwankungen als Gründe für die Abschaffung der Kornzölle.¹⁵⁵

Der ACLL dürfte dabei auch ihre Funktion als breit aufgestellte Interessengruppe behilflich gewesen sein. Anders als Interessengruppen, die als so genannte „Protective Groups“ lediglich Partikularinteressen vertreten und nur ihren Mitgliedern verantwortlich sind (z.B. Gewerkschaften), konnte die ACLL mit ihrer Öffnung für verschiedene Interessen und ihrer nach außen getragenen Orientierung am Gemeinwohl eine größere politische Schlagkraft aufbringen. Gruppen wie die ACLL werden daher von der Politikwissenschaft in Abgrenzung zu den eigennutzenorientierten „Protective Groups“ als gemeinwohlorientierte „Promotional Groups“ bezeichnet.¹⁵⁶

Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt Grampp, wenn er schlicht feststellt, nationale Interessen, und nicht die ökonomischen (und gegebenenfalls imperialistischen) Interessen der Industriellen, hätten die Entscheidung pro Freihandel herbeigeführt: „What seems most unlikely can in fact happen, namely that politicians can act in the general interest.“¹⁵⁷

Es bleibt die Frage, welche Gruppen von diesem Schritt in Richtung Freihandel *tatsächlich* profitiert haben. Dieser Frage, sowie der Frage, ob das Land *insgesamt* davon profitiert hat, werde ich mich im folgenden Abschnitt stellen.

3. Profiteure und Verlierer der Abschaffung der Kornzölle

Es scheint mir sinnvoll, die Analyse durch eine gemeinsame Betrachtung jeweils mehrerer Gruppen in zwei Blöcken vorzunehmen. Dieses Vorgehen soll Redundanzen verhindern, indem diejenigen Gruppen, deren Interessen sich konträr gegenüberstehen oder eng miteinander verflochten sind, gemeinsam analysiert werden. Den ersten Block bilden die Gruppen, die sich auf innenpolitische, also soziale, ökonomische und demokratiepolitische Fragen konzentrierten. Dabei handelt es sich um die Mittelklasseaktivisten,

¹⁵⁵ O' Brien / Pigman 1992, S. 96f.; S. 110.

¹⁵⁶ Hague, Rod / Harrop, Martin: Comparative government and politics, Basingstoke 2013, S. 153.

¹⁵⁷ Grampp 1987a, S. 87f.; Grampp 1987b, S. 245f.; S. 254.

die Sozialpolitiker und den „friedlichen“ Teil der ökonomisch Orientierten auf Seiten der Freihändler sowie um die Chartisten und den Landadel auf Seiten ihrer Gegner. Den zweiten Block bilden die Gruppen, die sich auf außenpolitische Fragen konzentrierten. Hier stehen sich der imperialistische Teil der Freihändler und die Pazifisten gegenüber. Um die Analyse des ersten Blocks durchzuführen, braucht es Daten zur Entwicklung des Getreidepreises und der Importmengen, Daten zur Wirtschaftsentwicklung und eine Einschätzung der demokratischen Entwicklung jeweils nach 1846.

Da der Preis durch Angebot und Nachfrage gebildet wird, ist es logisch, dass sinkenden Preisen höhere Importe (also ein größeres Angebot) zugrunde liegen müssen. Diese Logik gilt jedoch nur in einem System ohne Zölle und Importverbote. In einem System wie bis 1846 kehrt sie sich um, da erst höhere Preise den Import (bis 1828) bzw. ab 1828 den Importeuren Gewinne ermöglichten.

Tabelle 5 zeigt, wie sich von 1815 bis 1859 die Importmengen verändert haben. Die Daten habe ich den regelmäßigen Berichten der britischen Zollbehörde an das Parlament entnommen.¹⁵⁸ Die Berechnungen erforderten zwar ausgedehnte und kleinteilige Recherche- und Rechenarbeit, die Ergebnisse sind jedoch ein elementarer Bestandteil der folgenden Analyse. Dass auch vor dem Aufheben des Importverbotes 1828 Weizen importiert wurde, lässt sich mit der Lagerhaus-Klausel erklären, wonach Getreide zwar importiert, bei zu niedrigem Preis aber nicht verkauft werden durfte. Es überrascht wenig, dass der Kurvenverlauf der Importstatistik mit demjenigen der Preisstatistik (siehe Tabelle 6) ab 1846 negativ korreliert. Führen die ausländischen Landwirte gute Ernten ein, erhöhte sich der Import und die Preise sanken. Als im Jahr 1852 schließlich 6.235.860 Quarter Weizen importiert wurden, lag der Preis bei nur 40 Schilling – dem tiefsten Wert seit 39 Schilling im Jahr 1839. Als der von 1853 bis 1856 ausgetragene Krimkrieg zwischen Großbritannien und Russland, einem wichtigen Weizenexporteur, den Weizenimport abwürgte, stiegen die Preise auf bis zu 75 Schilling im Jahr 1855.

Bedingung für den Import von Getreide war, dass die Preise im Ausland niedriger waren als im Inland und dass die Preisdifferenz nicht durch Transaktionskosten (Informationsbeschaffung, Transport etc.) ausgehebelt wurde. Jeffrey Williamson zeigt, dass

¹⁵⁸ Für die Jahre 1815-1820: British Parliamentary Papers (BPP): Wheat. An account of the quantity of meal and wheat meal imported into and exported from Great Britain, Paper 120, London 1821, S. 1; Für die Jahre 1821-1824: BPP: Paper 140, London 1827, S. 4f.; Für die Jahre 1825-1826: BPP: Paper 93, London 1827, S. 2f.; Für das Jahr 1827: BPP: Paper 89, London 1832, S. 3; Für das Jahr 1828: BPP: Paper 352, London 1829, S. 1; Für die Jahre 1829-1842: BPP: Paper 177, London 1843, S. 34-36; Für das Jahr 1843: BPP: Paper 156, London 1844, S. 4; Für das Jahr 1844: BPP: Paper 115, London 1845, S. 2; Für das Jahr 1845: BPP: Paper 130, London 1846, S. 4; Für das Jahr 1846: BPP: Paper 259, London 1847, S. 4; Für die Jahre 1847-1859: BPP: Paper 387, London 1864, S. 2; S. 9.

diese Bedingungen für die gesamte analysierte Zeitperiode zutrafen. So lagen die Preise für Getreide beispielsweise in Preußen von 1828 bis 1841 um 45 % und in Odessa um 57 % unter den britischen und die Ernten reichten aus, Großbritannien zu beliefern. Williamson berechnete außerdem, dass die Preisentwicklung auf den internationalen Märkten von 1815 bis 1861 zu 76 % korrelierte und somit von einer hohen Marktintegration selbst zu Zeiten des Zollschutzes ausgegangen werden kann.¹⁵⁹

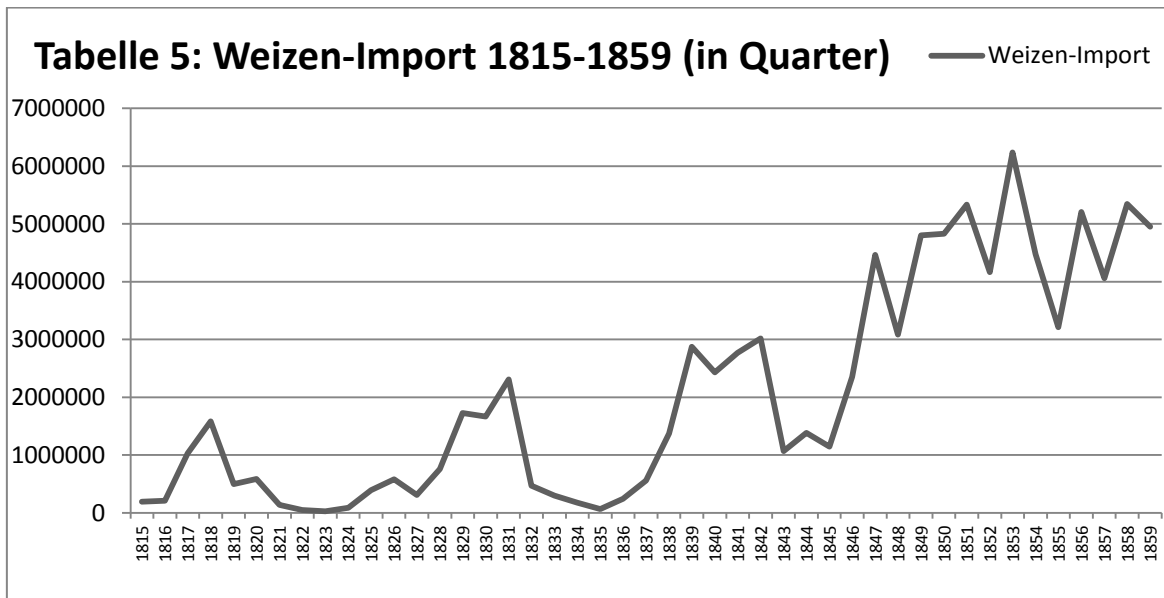
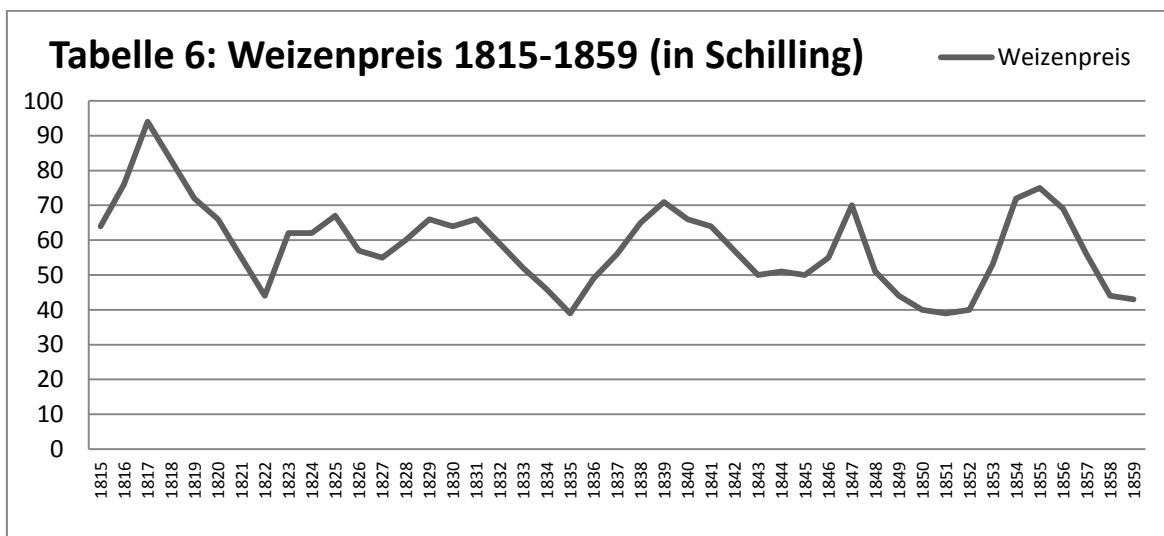


Tabelle 6 zeigt schließlich die Entwicklung des Weizenpreises zwischen 1815 und 1859. Die Daten habe ich erneut dem Aufsatz von Vampley und dem Artikel des *Derby Mercury* entnommen.¹⁶⁰



Vergleichen wir den Durchschnittspreis des Fünfjahreszeitraumes 1841-1845 mit dem des Fünfjahreszeitraumes 1848-1852, so ergibt sich eine Verringerung des Preises von

¹⁵⁹ Williamson: Jeffrey: The Impact of the Corn Laws just prior to repeal, in: Explorations in Economic History 27/2, 1990, S. 126f.

¹⁶⁰ Vampley 1980, S. 9.; The Derby Mercury 1841.

54 Schilling auf 43 Schilling, also eine deutliche Senkung um rund 20 %. Das gesparte Geld konnte die britische Bevölkerung nun anderweitig konsumieren, der Lebensstandard stieg. Bereits 1852 sprach eine Resolution des Unterhauses von „diminished [...] cost[s] and increased [...] abundance of the principal articles of food to the people“.¹⁶¹

Die sozialpolitisch orientierten Freihändler konnten sich mit der großen Masse der Bevölkerung also über niedrigere Preise freuen, wenn auch nur bis zum Ausbruch des Krimkriegs 1853. Mit dem Krieg fiel unter anderem Odessa als Getreidelieferant aus, das Angebot verringerte sich und die Preise stiegen in logischer Konsequenz. Erst nach Ende des Krieges 1856 sanken die Preise wieder auf rund 40 Schilling, vor allem, weil die Importe wieder anstiegen. Der Landadel kann entsprechend als Verlierer der Abschaffung der Kornzölle gelten. Seine Profite sanken mit den Preisen, und die ausländische Konkurrenz verschärfte den Wettbewerb.

Zur Frage, wie sich die Abschaffung der Kornzölle auf die Gesamtwirtschaft Großbritanniens auswirkte, gibt es eine lebhafte Forschungsdiskussion unter Ökonomen und Historikern. Einmal mehr wird dabei deutlich, wie unterschiedliche methodische Zugänge unterschiedliche Ergebnisse produzieren. Der Ökonom Donald McCloskey zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Großbritanniens von 548 Mio. £ im Jahr 1841 auf 744 Mio. £ im Jahr 1861 gestiegen ist.¹⁶² Dies entspricht einer jährlichen Steigerungsrate von 1,8 %. McCloskey ist aber der Ansicht, dass diese Steigerung ohne eine Lockerung der Handelshemmnisse noch größer ausgefallen wäre. Er formuliert die These, wonach die gestiegenen Importe (von 68 Mio. £ in 1841 auf 183 Mio. £ in 1861) nicht mit gesteigerten Exporten einher gegangen sein müssen. Dies habe zu einer Verschlechterung der britischen Terms of Trade geführt, also des Import-Export-Austauschverhältnisses. Lediglich die Tatsache, dass andere Staaten aus – wie McCloskey glaubt – Irrationalität dem britischen Beispiel folgten, habe die negativen Effekte für Großbritannien abgemildert.¹⁶³

Problematisch an dieser These ist jedoch, dass McCloskey weder Zahlen zum Export in seine Analyse mit einbezieht noch die negativen Auswirkungen des Krimkriegs. Auch geht er nur unzureichend darauf ein, dass die frei gewordenen Arbeitskräfte statt in der Landwirtschaft nun in anderen Bereichen arbeiten konnten und so eine Spezialisierung

¹⁶¹ Resolutionstext nach Vorschlag von Lord Palmerston, in: Hansard 3/123 1852, S. 458; S. 701.

¹⁶² McCloskey, Donald: Magnanimous Albion: Free trade and British national income, 1841-1881, in: Explorations in Economic History 17/3, 1980, S. 311.

¹⁶³ Ebd., S. 316-318.

in Gang gesetzt wurde. So stieg etwa zwischen 1841 und 1861 der Produktionswert der Baumwollindustrie von 46,7 Mio. £ auf 77 Mio. £ an.¹⁶⁴

Douglas Irwin (ehem. FED-Gouverneur und Ökonom) geht davon aus, dass Großbritannien vom Freihandel stark profitiert haben könnte, wenn man die Zollsenkungen des Auslandes und die dynamische Effizienzsteigerung durch Spezialisierung in die Rechnungen einbezieht. Er kritisiert statische Modelle wie die von McCloskey und meint, dass nur eine kontrafaktische Analyse gesicherte Ergebnisse hervorbringen könne.¹⁶⁵

Ebendiese kontrafaktische Analyse liefert der Wirtschaftshistoriker Williamson. Er kritisiert, Forscher wie McCloskey blendeten für die Zeit nach 1846 politische Faktoren wie den Krimkrieg und dessen Folgen (Preissteigerungen etc.) aus, würden so falsche Schlüsse ziehen und den Freihandel falsch beurteilen.¹⁶⁶ Williamsons kontrafaktisches Modell soll hingegen zeigen, wie sich die britischen Wohlstandsindikatoren bis 1839 entwickelt hätten, wenn die Kornzölle um 1835 abgeschafft worden wären. Diese Vorgehensweise erlaubt es, mit den empirischen historischen Entwicklungen (Kriege, Ernten, soziale Entwicklung etc.) zu arbeiten, um so den Effekt der Kornzölle statistisch isoliert zu betrachten. Williamsons Ergebnisse sind eindeutig. Unter der Annahme, dass britische Güter auf dem Weltmarkt einer elastischen, also schwankenden Nachfrage unterlagen (wie es bei den damaligen britischen „Exportschlagern“ Kleidung und Eisenwaren üblicherweise der Fall war), hätten sich die Exporte von Manufakturwaren um 245,8 % erhöht. Während die Landlords Verluste an Einkommen in Höhe von 48,6 % hätten hinnehmen müssen, wären die Reallöhne von ungelerten Arbeitern um 23,3 % und die von Facharbeitern um 14,6 % gestiegen. Dies wäre vor allem auf gesunkene Lebenshaltungskosten zurückzuführen gewesen. Das reale BIP pro Kopf wäre um 1,5 % gestiegen.¹⁶⁷ Von einer frühen Abschaffung der Corn Laws hätten demnach also breite Bevölkerungsschichten und das Land insgesamt profitiert.

In diesem Zusammenhang gehen sowohl Williamson als auch McCloskey auf die in der Debatte der 1840er Jahre vorgebrachten Vorwürfe des Adels ein, wonach auch die Industrie massiv durch Zölle geschützt werde. Beide entkräften diesen Vorwurf mit dem Hinweis, die Industrie hätte anders als die adeligen Landbesitzer keinen *effektiven* Zollschutz genossen, da die für die industrielle Produktion benötigten ausländischen Roh-

¹⁶⁴ Farnie, Douglas: The English cotton industry and the world market 1815-1896, Oxford 1979, S. 24.

¹⁶⁵ Irwin, Douglas: Welfare effects of British free trade: Debate and evidence from the 1840s, in: Journal of Political Economy 96/6, 1988, S. 1158-1160.

¹⁶⁶ Williamson 1990, S. 129-131.

¹⁶⁷ Ebd., S. 136-140; S. 144f.

stoffe (Holz, Baumwolle etc.) mit Importzöllen versehen waren, welche die Importzölle für ausländische Industriegüter mehr als ausgeglichen hätten.¹⁶⁸

Insgesamt kann also davon ausgegangen werden, dass diejenigen Freihändler, die sich ökonomische Vorteile erhofften, zu den Gewinnern der Abschaffung der Kornzölle zählten, ebenso wie viele Arbeiter und das Land insgesamt.

Mit den ökonomischen gingen auch demokratische Veränderungsprozesse einher. Es lässt sich vermuten, dass beide Prozesse Hand in Hand gingen, da größere ökonomische Macht für bestimmte Gruppen oftmals auch größere demokratische Macht für dieselben impliziert.¹⁶⁹ Allerdings dauerte die Demokratisierung Großbritanniens wesentlich länger als die Industrialisierung. Nach Abschaffung der Kornzölle vergingen immerhin 21 Jahre, bis 1867 die zweite große Wahlrechtsreform anstand, an deren Ende rund eine Million neue Wähler, vor allem Arbeiter, das Wahlrecht erhielten und die Wahlkreise nun verstärkt anhand der Bevölkerung ausgewiesen wurden. Frauen durften sogar erst 1919 erstmals wählen.¹⁷⁰ Nichtsdestotrotz konnte der Landadel auch in diesem Bereich als langfristiger Verlierer der Abschaffung der Kornzölle gelten. Umgekehrt konnten die Mittelklasseaktivisten unter den Freihändlern – und sogar die Chartisten – sich als Gewinner fühlen, wurde doch ihr Einfluss nach 1846 gestärkt. McCord bemerkt dazu: „A middle-class government was still impossible, but the repeal of the Corn Laws marked a further diminution in the control of national affairs by the aristocracy.“¹⁷¹

Die Analyse des zweiten Blocks gestaltet sich sehr viel einfacher als die des ersten. Da es sich nur um zwei Gruppen (Imperialisten und Pazifisten) handelt, deren Interessen (Expansion vs. Frieden) sich konträr gegenüberstanden, genügt eine kurze Beschreibung der weiteren kolonialen und außenpolitischen Entwicklung Großbritanniens nach 1846, um festzustellen, welche Gruppe eher ihre Forderungen durchsetzen konnte. Die Antwort ist dabei recht eindeutig und wurde in der Analyse in Kapitel 2.2 bereits angedeutet: Auch wenn Cobden und andere Pazifisten einen erheblichen Einfluss auf die Abschaffung der Kornzölle hatten, so hinderte dies die politische Führung oder einzelne Akteure des Militärs nicht daran, nach 1846 die Gewinnung neuer Kolonien verstärkt voranzutreiben und gewaltsam dortige Aufstände niederzuschlagen.

Richard Cobden war solches Handeln zuwider. Er nutzte sein Ansehen, um europaweit für seine Sache zu werben. Ob Cobden selbst eindeutig als Gewinner bezeichnet werden

¹⁶⁸ McCloskey 1980, S. 307; Williamson 1990, S. 128.

¹⁶⁹ Vgl. Hague / Harrop 2013, S. 133.

¹⁷⁰ Rubinstein 1998, S. 150; Maurer 2007, S. 390f.; S. 405.

¹⁷¹ McCord 1975, S. 215.

kann, ist ungewiss. Zwar setzte er sich 1846 durch und konnte seinen Einfluss wie beschrieben nicht nur für Lesereisen, sondern auch für einen Handelsvertrag mit Frankreich nutzen, doch sein Ärger über die britische Außenpolitik und die hohe körperliche Belastung waren mitverantwortlich dafür, dass er am 2. April 1865 schließlich an einer Lungenentzündung starb.¹⁷² Immerhin blieb es ihm so erspart, die Phase der massiven britischen Expansion in Afrika im letzten Jahrhundertdrittel mitzuerleben. Zu dieser Zeit erreichten imperiale Bestrebungen, begleitet von Rassismus und Chauvinismus, ihren Höhepunkt. Dass wirtschaftliche Erwägungen dabei oftmals als Vorwand für Expansion dienten,¹⁷³ muss den Pazifisten unter den Freihändlern zugesetzt haben, widersprachen imperiale Ansprüche doch stark ihren Auffassungen.

Auch wenn sich die Pazifisten im Jahr 1846 als Sieger fühlen konnten, wurden sie langfristig in der britischen Politik kaum noch gehört. Diejenigen hingegen, die imperialistische mit ökonomischen Motiven zu verknüpfen wussten, konnten die Außenpolitik Großbritanniens nach 1846 immer stärker dominieren.

Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, eine politik- und wirtschaftshistorische Untersuchung des ersten Zeitabschnittes der britischen Freihandelspolitik zwischen 1815 und 1853 vorzunehmen. Dabei stand im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses die Frage, welchen Anteil ökonomische, imperialistische, sozialpolitische, pazifistische oder innenpolitische Motive an der Ausweitung des Freihandels und der Abschaffung der Kornzölle im Jahr 1846 hatten.

Die Auswertung zahlreicher Parlamentsreden, Zeitungsartikel, Kommissionsberichte und statistischer Daten ergab dabei die Schlussfolgerung, dass vor allem soziale und innenpolitische Probleme die Abschaffung der Corn Laws bedingten. Es wurde gezeigt, dass der Getreidepreis und seine Schwankungen starke Auswirkungen auf den Lebensunterhalt der britischen Bevölkerung, insbesondere der ärmeren Schichten, hatten. Stieg der Preis der wichtigsten Getreidesorte Weizen binnen Jahresfrist um 30 % an, bedeutete dies für Menschen, die ihr Geld zu zwei Dritteln für Getreide ausgaben (siehe Abb. 1), eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 20 %. Dieser sozialpolitische Sprengstoff verband sich mit der seit 1845 grassierenden Hungersnot in Irland zu einem politisch explosiven Gemisch, das die Regierenden um den Premierminister Robert Peel

¹⁷² Vgl. Hinde 1987, S. 322-328.

¹⁷³ Maurer 2007, S. 410-414.

entschärfen mussten, um einerseits die Not Hunderttausender Briten und Iren zu lindern und andererseits eine drohende Revolution zu verhindern und das politische System so zu stabilisieren.

Hinzu kam als zweiter entscheidender Grund das Drängen der Mittelklasse und ihrer Aktivisten in den Reihen der Freihändler auf mehr politische Teilhabe, insbesondere das Wahlrecht. Ein Staat, der zwar ein Parlament besaß, welches aber nicht einmal ansatzweise verschiedene Bevölkerungsgruppen repräsentierte, konnte sich diesen Widerspruch nicht mehr länger leisten.

Drittens kamen pazifistische Motive hinzu, die zwar letztlich nicht den Ausschlag zur Entscheidung für größeren Freihandel gaben, aber durch fähige Rhetoriker wie Richard Cobden und eine öffentlichkeitswirksame Propagandamaschinerie der Anti-Corn Law League massiv vorgetragen wurden. Dass sich alle drei Richtungen gegen denselben Gegner wandten, nämlich den politisch dominanten, oft militaristisch und demokratiefeindlich eingestellten Landadel, vereinfachte die Agitation gegen die Kornzölle sehr und ermöglichte es letztlich, aus verschiedensten Bevölkerungsschichten Anhänger für die Sache der ACLL zu gewinnen.

Ebenso hat die Analyse ergeben, dass ökonomische Aspekte – zumindest im Jahr 1846 – keine entscheidende Rolle in der Debatte gespielt haben. Erst im späteren Verlauf des 19. Jahrhunderts sollten wirtschaftliche Motive, oftmals getarnt als Kampf für den Freihandel, Teil imperialistischer Bestrebungen werden.

Daher sollte man nicht wie Gallagher, Robinson, Cain und andere Historiker davon ausgehen, dass der Freihandel bereits im Jahr 1846 aus imperialistischen Motiven heraus gefördert wurde. Dass spätere Entscheidungsträger wie Palmerston die Idee des Freihandels als willkommene Möglichkeit sahen, ihre wirtschaftsimperialistische Klientel durch militärische Durchsetzung desselben zu unterstützen, spricht sehr dafür, in diesem Verhalten einen Missbrauch der Idee des Freihandels zu sehen. Diese Interpretation sollte einhergehen mit der Ablehnung der Theorie, den Freihandel als solchen für imperialistische Bestrebungen verantwortlich zu machen und damit seinen vom Pazifismus überzeugten Verfechtern wie Cobden, Bright und Ricardo indirekt Mitschuld an den Verbrechen der Kolonialgeschichte zu geben.

Welche Lehren können aus diesen Ergebnissen gezogen werden? Angesichts der im Jahr 2014 geführten Debatten um mögliche Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, kurz TTIP) bzw. zwischen der EU und Kanada (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*, kurz CETA) sowie der permanenten Diskussion um die Folgen der Globalisierung könnte es

von Nutzen sein, sich mit der Geschichte des Freihandels intensiv auseinanderzusetzen, um die von Rolf Walter angemahnte „Perspektive durch Retrospektive“¹⁷⁴ zu gewinnen. Bei solchen historischen Vergleichen ist jedoch darauf zu achten, dass sich über einen Zeitraum von rund 200 Jahren die institutionellen Rahmenbedingungen grundlegend geändert haben und somit direkte, aus der Historie abgeleitete Handlungsempfehlungen keine adäquate Lösung darstellen können.

Die Integration des Welthandels ist inzwischen sehr viel weiter vorangeschritten. Institutionen wie die WTO, der IWF oder die Weltbank sind als zwischenstaatliche Organisationen maßgebliche Akteure geworden.¹⁷⁵ Diese Dichte an internationalen Abkommen und Regelungen wurde in der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht einmal ansatzweise erreicht. Hinzu kommt, dass die Machtverhältnisse im Jahr 2014 wesentlich unklarer sind als im Jahr 1846. Während damals mit Großbritannien eine auf allen Kontinenten vertretene Hegemonialmacht die internationale Politik dominieren konnte, zeichnet sich die aktuelle Situation durch eine multipolare Machtteilung aus. Weder die USA, noch China, Indien oder die EU könnten heute (und mit großer Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft) alleine und ohne Kooperation mit den jeweils anderen Wirtschaftsmächten ein Welthandelsregime errichten. Aus der normativen Perspektive ist dies sicher begrüßenswert, neigen doch hegemoniale Staaten oftmals zur territorialen sowie wirtschaftlichen Überdehnung und Instabilität und verhindern die gerechte Partizipation der anderen Staaten.¹⁷⁶ Für die Entscheidungsfindung im Bereich des Freihandels ist eine solche Situation hingegen in gewisser Weise unbefriedigend, da politische Prozesse durch langwierige Verhandlungen und unterschiedlichste Auffassungen (siehe etwa den Streit über Solarzellen zwischen China und der EU) verzögert werden.

Es gibt jedoch auch Gemeinsamkeiten zwischen der damaligen und der heutigen Situation, insbesondere da es damals wie heute Gewinner und Verlierer des Freihandels gibt. So zeigt etwa eine Studie des Soziologen Richard Münch, dass mit zunehmender Integration eines Staates in die Abläufe des Weltmarktes der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze spürbar sinkt: Mit jedem Prozentpunkt zusätzlicher Offenheit reduziert sich die Armut um 1,4 %.¹⁷⁷ Langfristig führt dies zu einer Abnahme der Ungleichheit zwischen den Staaten. Zugleich nimmt die Ungleichheit innerhalb der Staaten jedoch zu.¹⁷⁸ Als ein möglicher Grund dafür wird die Verdrängung von Hilfsarbeitern

¹⁷⁴ Walter 2011, S. 19.

¹⁷⁵ Münch, Richard: Das Regime des Freihandels, Frankfurt a.M. 2011, S. 63-76.

¹⁷⁶ O' Brien / Pigman 1992, S. 91.

¹⁷⁷ Münch 2011, S. 235.

¹⁷⁸ Ebd., S. 282f.

durch Facharbeiter in entwickelten wie in weniger entwickelten Staaten gesehen. Durch die Spezialisierung der Wirtschaft seien spezialisierte Kräfte verstärkt auf den Arbeitsmärkten gefragt, Geringqualifizierte drohten den Anschluss zu verlieren. Ein möglicher Ausweg aus dem Dilemma könne in der verstärkten Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung liegen.¹⁷⁹

Gelingt es, die negativen Auswirkungen des Freihandels zu begrenzen, so spricht vieles dafür, ihn weiterhin zu fördern. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass Ricardos Annahme, freier Handel führe zu größerer Spezialisierung und einem größeren Gesamtwohlstand, im Grundsatz zutreffend ist. Zugleich lassen die Forschungsergebnisse etwa von MacDonagh, Williamson, McCloskey, Irwin und Münch kaum Zweifel daran, dass die Erarbeitung von Strategien zur Minimierung der negativen Auswirkungen des Freihandels dringend Gegenstand weiterer interdisziplinärer Forschungsarbeit unter Einbezug soziologischer, politologischer, geschichtswissenschaftlicher und ökonomischer Expertisen sein sollte. Auch Willemien Kets und Paul Tang fordern das Ende eindimensionaler theoretischer Diskussionen und eine Hinwendung zur empirischen Arbeit.¹⁸⁰

Großbritannien knüpft unterdessen im Rahmen seiner EU-Mitgliedschaft an seine frühere Politik zur Förderung des Freihandels an. Der amtierende Premierminister David Cameron sagte in seiner Rede über die Zukunft Großbritanniens in der EU im Januar 2013, er sehe Großbritannien als ein Land „[that has] always been a country that reaches out. That turns its face to the world. That leads the charge in the fight for global trade and against protectionism.“¹⁸¹ Die britische Regierung werde sich dementsprechend dafür einsetzen, dass die EU als die für die Handelspolitik ihrer Mitgliedstaaten verantwortliche Organisation ihren Einsatz für globalen Freihandel intensiviert. Neben dem TTIP-Abkommen mit den USA und dem CETA-Abkommen mit Kanada seien auch Freihandelsverträge mit Indien und Japan wünschenswert. Wolle die EU auch im 21. Jahrhundert ihren Beitrag zu einer friedlichen und prosperierenden Welt leisten, sei der Weg größtmöglichen Freihandels eine entscheidende Komponente hierfür.¹⁸²

Es liegt nahe, dass dieser Einstellung nicht nur die Erwartungen größeren Wirtschaftswachstums und stärkerer Marktintegration zugrunde liegen, sondern auch die historischen Erfahrungen Großbritanniens aus der Zeit nach der Abschaffung der Corn Laws.

¹⁷⁹ Bauchmüller, Michael: Was kostet die Welt?, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 192, 22.08.2014, S. 17.

¹⁸⁰ Kets, Willemien / Tang, Paul: Free trade and its enemies, in: De Economist 152/3, 2004, S. 429.

¹⁸¹ Cameron, David: EU Speech at Bloomberg on 23rd January 2013, London 2013.

¹⁸² Ebd.

Quellenverzeichnis

Advantages of free trade and mischief of the Corn Law and all monopolies, in: The Leeds Mercury, Nr. 5583, 19.12.1840.

Agriculture and manufactures. Corn Law and free trade, in: The Derby Mercury, Nr. 5724, 23.03.1842.

ANTI-CORN LAW LEAGUE: The League. The Exponent of the principles of free trade, Bd. 2, London 1845.

DIES.: The League. The Exponent of the principles of free trade, Bd. 3, London 1846.

Anti-Corn Law League, in: The Manchester Times and Gazette, Nr. 568, 10.08.1839.

Anti-Corn Law Tea Party, in: Preston Chronicle, Nr. 1585, 14.01.1843.

Average Price of Corn for fifty years, in: The Derby Mercury, Nr. 5693, 18.08.1841.

BAUCHMÜLLER, MICHAEL: Was kostet die Welt?, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 192, 22.08.2014, S. 17.

BRITISH PARLIAMENTARY PAPERS (BPP):

BPP: Accounts relative to the import, export, and consumption of corn, grain, meal, and flour, in the year 1843, Paper 156, London 1844.

BPP: Accounts relative to the import, export, and consumption of corn, grain, meal, and flour, in the year 1845, Paper 130, London 1846.

BPP: Accounts relative to the import, export, and consumption of corn, grain, meal, and flour, in the year 1846, Paper 259, London 1847.

BPP: An account of the grain of all sorts, meal and flour, stated in quarters, imported into Great Britain from foreign parts, Paper 352, London 1829.

BPP: Corn. Accounts relative to the import, export, and consumption of corn, grain, meal, and flour, in the year 1844, Paper 115, London 1845.

BPP: Foreign grain. Accounts of foreign corn and grain, meal and flour, imported in foreign ships; also in British ships 1812-1826, Paper 140, London 1827.

BPP: Grain. Accounts relating to grain of all sorts imported into Great Britain from foreign parts, in the years 1825 to 1826, Paper 93, London 1827.

BPP: Grain. An account of the grain of all sorts, meal and flour, stated in quarters, imported into Great Britain from foreign parts, in each year from 5th January 1827, Paper 89, London 1832.

BPP: Grain and corn. Returns showing the total quantity of all kinds of grain and corn (viz., wheat, barley, oats, maize, rye, pease, beans, and other kinds of grain), also flour and meal imported from foreign parts, specifying each country respectively, in the twenty-three years from 1841 to 1863, Paper 387, London 1864.

BPP: Returns relative to importation and exportation of Corn, Paper 177, London 1843.

BPP: Wheat. An account of the quantity of meal and wheat meal imported into and exported from Great Britain, Paper 120, London 1821.

CAMERON, DAVID: EU Speech at Bloomberg on 23rd January 2013, London 2013.

COBDEN, RICHARD: England, Ireland and America (1835), in: Ders (Hg.): The political writings of Richard Cobden, Bd. 1, London ⁴1903, S. 71-119.

DERS.: Russia (1836), in: Ders (Hg.): The political writings of Richard Cobden, Bd. 1, London ⁴1903, S. 121-271.

DERS.: Speech at the ACLL-Meeting at London, 28.09.1843, in: Contemporary sources and Opinions in modern British history, Bd. 1, hg. v. Lloyd Evans und Philipp Pledger, London / New York 1967, S. 48-50.

DERS.: Speech on Finance at Manchester on 10th January 1849, in: Contemporary Sources and Opinions in Modern British History, Bd. 2, hg. v. Lloyd Evans und Philipp Pledger, London / New York 1967, S. 200f.

Conduct and objects of the Anti-Corn Law League, in: The Hull Packet, Nr. 2983, 18.02.1842.

Duties on Corn Act 1842, 5 Vict, C. 14.

Famine the Phantom! Free corn the law! Free trade the fiction!, in: The Derby Mercury, Nr. 5949, 15.07.1846.

Free trade and Anti-Corn Law meeting, in: The Derby Mercury, Nr. 5764, 14.12.1842.

Freedom of the city of Glasgow to Richard Cobden, ESQ., in: Caledonian Mercury, Nr. 19187, 14.01.1843.

Grand national tribute to Richard Cobden, ESQ., in: Daily News, Nr. 30, 04.07.1846.

HANSARD OF THE HOUSE OF COMMONS AND THE LORDS:

Hansard 1/27 1814.

Hansard 1/30 1815.

Hansard 2/01 1820.

Hansard 2/07 1822.

Hansard 3/77 1845.

Hansard 3/83 1846.

Hansard 3/84 1846.

Hansard 3/86 1846.

Hansard 3/87 1846.

Hansard 3/123 1852.

Importation Act 1815, 55 George III, C. 26.

Importation Act 1822, 3 George IV, C. 60.

Importation Act 1846, 9&10 Vict. C. 22

Importation of Corn Act 1828, 9 Geo IV, C. 60.

John Bright for Durham, in: *The Manchester Times and Gazette*, Nr. 772, 22.07.1843.

LONDON WORKING MEN'S ASSOCIATION: *The Peoples Charter*, London 1838.

Lord Palmerston to Lord Auckland, 22.01.1841, in: Evans / Pledger 1967, Bd. 2, S. 187.

RICARDO, DAVID: *Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung*, London ³1821, hg. und übers. v. Gerhard Bondi, München 2006.

Richard Cobden, in: *The Manchester Times and Gazette*, Nr. 924, 03.07.1845.

SMITH, ADAM: *Der Wohlstand der Nationen*, London ⁵1789, hg. und übers. v. Horst Recktenwald, München ¹²2009.

SMITH, THOMAS (LESERBRIEF): *The Anti-Corn Law League and free trade*, in: *The Northern Star and Leeds General Advertiser*, Nr. 254, 24.09.1842.

DERS.: *The Anti-Corn Law League and free trade*, in: *Caledonian Mercury*, Nr. 19141, 29.09.1842, 24.09.1842.

Reports of Special Assistant poor law commissioners on the employment of women and children in agriculture, London 1843.

Sir Stamford Raffles über Kolonien und Handelsposten 1819, in: *Contemporary Sources and Opinions in Modern British History*, Bd. 2, hg. v. Lloyd Evans / Pledger, 1967, Bd. 2, S. 186f.

The Anti-Corn Law League, in: *The Morning Chronicle London*, Nr. 21914, 18.02.1840.

THOROLD, ROGERS: *Preface to „The Speeches of John Bright“ (1869)*, in: Evans / Pledger 1967, Bd. 1, S. 51f.

Walsall and The Anti-Corn Law League, in: *The Liverpool Mercury*, Nr. 5591, 13.02.1841.

William Huskisson and Free Trade 1825, in: Evans / Pledger 1967, Bd.1, S. 47.

Literaturverzeichnis

- CAIN, PETER: Economic foundations of British overseas expansion 1815-1914 (Studies in economic and social history), London 1980.
- FARNIE, DOUGLAS: The English cotton industry and the world market 1815-1896, Oxford 1979.
- GALBRAITH, JOHN: Myths of the „Little England“ Era, in: Peter Mathias (Hg.): Great Britain and the Colonies 1815-1865, London 1970, S. 27-45.
- GALLAGHER, JOHN / ROBINSON, RONALD: The Imperialism of Free Trade, in: Mathias 1970, S. 142-163.
- GRAMPP, WILLIAM: How Britain turned to Free Trade, in: Business History Review 61/1, 1987, S. 86-112.
- DERS.: Britain and free trade: In whose interest?, in: Public Choice 55, 1987, S. 245-256.
- HAGUE, ROD / HARROP, MARTIN: Comparative government and politics, Basingstoke 2013.
- HALEVY, ELIE: A history of the English people in the 19th century, Bd. 2, London 1949.
- DERS.: A history of the English people in the 19th century, Bd. 3, London 1950.
- DERS.: A history of the English people in the 19th century, Bd. 4, London 1951.
- HINDE, WENDY: Richard Cobden. A Victorian Outsider, New Haven / London 1987.
- IRWIN, DOUGLAS: Welfare effects of British free trade: Debate and evidence from the 1840s, in: Journal of Political Economy 96/6, 1988, S. 1142-1164.
- KENNEDY, PAUL: Continuity and Discontinuity in British Imperialism 1815-1914, in: Colin Eldridge (Hg.): British Imperialism in the 19th Century, London / Basingstoke 1984, S. 20-38.
- KETS, WILLEMEN / TANG, PAUL: Free trade and its enemies, in: De Economist 152/3, 2004, S. 427-437.
- LOUIS, ROGER: Historians I have known, <http://www.historians.org/publications-and-directories/perspectives-on-history/may-2001/historians-i-have-known>, abgerufen am 22.08.2014.
- MACDONAGH, OLIVER: The Anti-Imperialism of Free Trade, in: Mathias 1970, S. 164-183.
- MANKIW, GREGORY: Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart 2001.
- MAURER, MICHAEL: Kleine Geschichte Englands, Stuttgart 2007.
- MCCLOSKEY, DONALD: Magnanimous Albion: Free trade and British national income, 1841-1881, in: Explorations in Economic History 17/3, 1980, S. 303-320.

- MCCORD, NORMAN: *The Anti-Corn Law League*, London ²1968 (ND 1975).
- MELANCON, GLENN: *Britain's China Policy and the Opium Crisis. Balancing Drugs, Violence and National Honour 1833-1840*, Aldershot / Burlington 2003.
- MORGAN, SIMON: *The Anti-Corn Law League and British Anti-Slavery in transatlantic perspective 1838-1846*, in: *The Historical Journal* 52/1, 2009, S. 87-107.
- MÜNCH, RICHARD: *Das Regime des Freihandels*, Frankfurt a.M. 2011.
- O' BRIEN, PATRICK / PIGMAN, GEOFFREY: *Free trade, British hegemony and the international economic order in the nineteenth century*, in: *Review of International Studies* 18/2, 1992, S. 89-113.
- PERISIC, JONATHAN: *Die Ökonomik in der Krise*,
http://www.ruprecht.de/?p=5167&utm_content=bufferdaa1f&utm_medium=social&utm_source, abgerufen am 12.08.2014.
- PLUMPE, WERNER: *Wirtschaftsgeschichte zwischen Ökonomie und Geschichte – ein historischer Abriss*, in: Ders. (Hg.): *Wirtschaftsgeschichte*, Stuttgart 2008, S. 7-39.
- RUBINSTEIN, WILLIAM: *Britain's Century: A Political and Social History 1815-1905*, London 1998.
- SCHUYLER, ROBERT: *The Fall of the Old Colonial System. A Study in British Free Trade 1770-1870*, London / New York / Toronto 1945.
- STRINGHAM, EDWARD: *Commerce, Markets and Peace. Richard Cobdens Enduring Lessons*, in: *The Independent Review* 9/1, 2004, S. 105-116.
- VAMPLEY, WRAY: *A Grain of truth. The 19th Century Corn averages*, in: *The Agricultural History Review* 28/1, 1980, S. 1-17.
- WALTER, ROLF: *Wirtschaftsgeschichte*, Köln / Weimar / Wien ⁵2011.
- WILLIAMSON, JEFFREY: *The Impact of the Corn Laws just prior to repeal*, in: *Explorations in Economic History* 27/2, 1990, S. 123-156.

Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Außerdem versichere ich, dass ich die allgemeinen Prinzipien wissenschaftlicher Arbeit und Veröffentlichung, wie sie in den Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg festgelegt sind, befolgt habe.

Unterschrift